

Herausgeber: Arbeitskreis Sozialismus in Wissenschaft und Politik. Erika Beltz, Michael Beltz, Achim Bigus, Hans Heinz Holz, Patrik Köbele, Johannes Magel, Renate Münder, Tina Sanders, Hans-Günter Szalkiewicz, Wolfram Triller

Renate Münder

EDITORIAL

Das vorliegende Heft befasst sich mit der realen Bewusstseinslage und den politischen Möglichkeiten der Arbeiterklasse in Deutschland. Mit den *Politischen Thesen* des vorherigen PV-Sekretariats soll der DKP nahe gebracht werden, sich von der Konzeption der Arbeiterklasse als revolutionärem Subjekt zu verabschieden, indem eine diffuse Orientierung auf andere Bewegungen als Motor zur Veränderung der Gesellschaft als modern angepriesen wird. Wer die Arbeiterklasse nach wie vor im Zentrum unserer Agitation und Propaganda und unseres politischen Handelns sieht, muss Wege dorthin aufzeigen, die in der Praxis zu erproben sind. Dazu soll dieses Heft einen Beitrag leisten.

Die Grundlage der Analyse liefert Stephan Müller mit der Untersuchung der Produktivkräfte, deren Entwicklung die Klassendifferenzierung vorantreibt. Die Arbeiterklasse ist in der Defensive – ergibt sich aber daraus, dass ihre Niederlagen unausweichlich sind? Achim Bigus hat Faktoren untersucht, die Einfluss auf das Bewusstsein der deutschen Arbeiterklasse hatten und haben. Die Frage, ob sie sich – wieder – zu einer revolutionären Klasse entwickeln wird, bleibt dabei offen. Denn die Entstehung von Klassenbewusstsein hängt von vielen verschiedenen Faktoren ab, z. B. vom Handeln der Gewerkschaftsführung. Mit ihrer Strategie der Standortsicherung, der Klassenzusammenarbeit entfällt eine wesentliche Schule des Klassenkampfes für das Proletariat. Die Haupttendenz

der Orientierung durch die gewerkschaftlichen Führungsgremien ist Desorientierung und damit Entwaffnung der Arbeiterklasse, wie Ludwig Jost anhand von Beispielen aus dem Bereich der IG Metall ausführt. Renate Münder versucht schließlich, die Aufgaben der Kommunistinnen und Kommunisten anzureißen, d. h. Ansatzpunkte für die Entwicklung von Klassenbewusstsein zu finden. Mit ihren Thesen möchten wir die Diskussion darüber in Gang bringen.

Zur Debatte über die EU setzt Corell drei *Eckpunkte*, u. a. die wichtige Unterscheidung von Unterdrückernation und unterdrückter Nation. Zu den Ursachen der Krise der Linken in Italien nimmt Gerhard Feldbauer kenntnisreich und präzise Stellung. Die fehlende Auseinandersetzung mit dem Revisionismus hält er für eine Hauptursache der negativen Entwicklung – ein Hinweis, der auch bei der aktuellen Auseinandersetzung innerhalb der DKP von Bedeutung sein kann.

Eine heftige Diskussion über die Frage *Macht und Moral* im Sozialismus wurde in der jungen Welt geführt zwischen Hans Heinz Holz und seinen Kontrahenten Nina Hager, Robert Steigerwald und Hans-Peter Brenner. Wir veröffentlichen dazu einen Leserbrief von Fritz Dittmar. Indirekt setzen wir die Diskussion fort mit einem Beitrag von Hans Heinz Holz zur Pariser Commune, wo die Unterschätzung der Brutalität des Klassengegners eine Ursache ihrer Niederlage war. „Solange

der Mensch des Menschen Wolf ist, bedeutet der Verzicht auf Gewalt zugleich Unterwerfung“, resümiert Hans Heinz Holz.

Weiter veröffentlichen wir zu diesem Thema einen Leserbrief von Hans-Peter Brenner, der bei kommunisten.de, dem Internetportal der DKP, nicht erscheinen konnte. Obwohl er Holz scharf kritisiert, fordert Brenner einen „sachlichen Klärungsprozess“ statt eines „inquisitorischen Verdammungsurteils, das jede Diskussion unmöglich macht und erübrigt“. Es geht dabei um die Art der Auseinandersetzung innerhalb der Partei. Zu dieser Frage, wie die Auseinandersetzung innerhalb der DKP geführt wird, die ja Fragen der linken und kommunistischen Bewegung insgesamt widerspiegelt, nimmt auch Sepp Aigner Stellung.

Der Literaturtipp beschäftigt sich mit „Portugal im April – Chronist der Nelkenrevolution“. Hans-Günter Szalkiewicz interviewt dazu den Autor und Beteiligten Klaus Steiniger. Und in der Rubrik, *wie sich die DKP verändern muss*, kommt Männe Grüß zu Wort, der die Teilnahme der DKP-Berlin zum Volksentscheid „Unser Wasser“ untersucht und zur Frage Stellung nimmt, wie sich Kommunisten zu Bürgerbegehren, Volksentscheiden etc. verhalten sollen.



DIE ENTWICKLUNG DER PRODUKTIVKRÄFTE UND DER ARBEITERKLASSE

Thomas Lühr stellt in seinen Bemerkungen zur „sozialen Frage und Arbeiterklasse“ [1] den in der Soziologie im Dunstkreis der Sozialdemokratie modisch gewordenen Prekariatsbegriff dem Begriff der Arbeiterklasse aus dem Marxismus gegenüber.

Er zeigt, dass die den modischen Prekariatsbegriff definierenden Erscheinungsformen sich bereits in der Marxschen Analyse finden und dort auf den Punkt gebracht werden. Marx weist nach, dass die Existenzbedingungen der Arbeiterklasse mit dem notwendig zyklisch, krisenhaften Fortschreiten des Kapitalismus schwanken bis hin zum absoluten Existenzminimum, je nach Spaltung oder Einheit der Klasse; und dass diese wieder abhängig ist vom Prozess der Akkumulation des Kapitals selbst.

Thomas zeigt, dass die Betrachtung der Arbeiterklasse in den *Politischen Thesen* des vorigen PV-Sekretariats der DKP auf einer „unhistorischen Verabsolutierung“ früherer Erscheinungsformen der Klasse beruht – es wurde ein Popanz aufgebaut, der dann umso leichter zerfleddert werden kann.

Im Klassenbegriff von Marx-Engels steckt dagegen bereits die Dynamik, so Lühr: Ebenso wie die Kapitalistenklasse in ihrem Aufstieg notwendig die Arbeiterklasse erzeugt, muss sie die Arbeiterklasse verändern, wenn sie unter dem Druck der Konkurrenz die Produktivkräfte fortentwickelt.

Diese Entwicklung findet in Klassenkämpfen und vermittelt durch zyklische Krisen statt. Tendenziell richtet sich im Kapitalismus die Entwicklung der Arbeitsproduktivität gegen die Arbeiterklasse, sie erhöht die Konkurrenz unter den Arbeitern. Die Gegenteilstendenz kommt aus dem Zwang der Arbeiterklasse, sich zu wehren; ihr Erfolg hängt vom mehr oder weniger entwickelten Bewusstsein der Arbeiterklasse ab.

Arbeiterklasse im Imperialismus

Zu Zeiten von Marx und Engels hatten sich die bestimmenden Klassen der Geschichtsepoche des Kapitalismus zu Industriekapitalisten und Industrieproletariat entwickelt. Über die ersten Weltwirtschaftskrisen entstehen dann um 1900 die Riesenfabriken der Monopolkapitalisten und die starken Arbeiterbewegungen der Industrieländer. Nach der großen Niederlage der internationalen Arbeiterbewegung 1914 musste Lenin die daraus resultierende Klassendifferenzierung analysieren: Die Arbeiterbewegung war unter den Einfluss der Opportunisten gekommen und hatte den 1. Weltkrieg nicht verhindern können.

Lenin leitete auf Grundlage der von Marx und Engels aufgezeigten Gesetzmäßigkeit der Entwicklung der Produktivkräfte die Gesetzmäßigkeiten der gesellschaftlichen Bewegung der gigantischen Finanzkapitale ab, die sich die Welt aufgeteilt hatten: Verschwindend wenige Finanzkapitalisten müssen ihre Herrschaft nach innen aufrechterhalten gegen eine zahlenmäßig fast die ganze Bevölkerung umfassende Lohnarbeiterschaft, kleiner werdende Zwischenschichten und von ihnen mehr oder weniger abhängige, nicht-monopolistische Kapitalisten.

Gleichzeitig brauchen sie auch zur Eroberung neuer Märkte nach außen einen immer weiter aufgerüsteten Gewaltapparat. Lenin findet die polit-ökonomische Basis für die Bewegung der Klassen, die zum Weltkrieg geführt haben: Das Finanzkapital kann Extraprofite erzielen aus der marktbeherrschenden Konkurrenzsituation im Inneren und gegenüber unterdrückten Ländern. Zur Absicherung ihrer ständig von innen und außen bedrohten Macht investieren die herrschenden Großkapitalisten einen Teil dieser Extraprofite nicht nur in die direkte Ausrüstung des Gewaltapparats ihres Staa-

tes, sondern auch in Zuwendungen für Stützen ihrer Herrschaft: sie versuchen Teile der nicht-monopolistischen Klassen, vor allem einen Teil der Arbeiterklasse, durch materielle Vorteile an sich zu binden. Lenin nennt letztere deshalb Arbeiteraristokratie. Auf der Ebene der Ideen spiegelt sich das wider im Zusammengehen der Sozialdemokratie mit den amtierenden Regierungen bzw. dem Finanzkapital, bis hin zu den Kriegskrediten.

Fordismus

Die von Lenin analysierte Arbeiteraristokratie der Zeit vor dem 1. Weltkrieg hatte ihre Basis bei den besser bezahlten Fachspezialisten unter den Arbeitern. Aber schon in der Zeit, als die neuen leninschen Arbeiterparteien sich organisierten, die kommunistischen Parteien der III. Internationale, begann sich die innere Zusammensetzung der Arbeiterklasse weiter zu verändern. In der Wiederaufbauphase nach dem 1. Weltkrieg schlug sich eine weitere schubweise Entwicklung der Produktivkräfte in der Entwicklung neuartiger Produktionsanlagen nieder. Die weitgehend automatisierte Produktion, bei der die Arbeiter nur noch *Rädchen im Produktionsgetriebe* sind, kennen wir entsprechen karikiert von Chaplins Film „Modern Times“. Typisch für diese nach der Arbeitsorganisation des Taylorismus konstruierten Werke waren Fords Fließbandfabriken, die auf messbare einfache Einzelbewegungen des Arbeiters und individuelle Akkordlohnsysteme aufbauten. In Deutschland setzte sich die *amerikanische* Produktion in Wellen durch, beginnend mit der Rationalisierungsoffensive ab Mitte der 20er Jahre. Für den 2. Weltkrieg wurden dann in Deutschland etwa ebenso viele neue Produktionsanlagen gebaut wie zerstört. In der Nachkriegszeit der 50er und 60er Jahre schließlich brachte der Wiederaufbau in Westdeutschland eine weitere Modernisierungswelle. Die Erscheinungsformen dieses Abschnitts

der Entwicklung der Produktivkräfte werden in der entsprechenden Literatur, auf die Thomas hinweist, in anscheinender Anlehnung an Gramsci, tatsächlich aber im Rückgriff auf Ideen von Gramscis Gegenspieler Bordiga, als *Fordismus* gekennzeichnet.

Interessant ist nun, dass die den *Fordismus* analysierende Literatur die Unterschiede der Arbeitsorganisation von heute gegen die von damals in den Vordergrund stellt, mit der Beobachtung, heute sei die Arbeit ent-solidarisierend und dequalifizierend, und erzeuge demnach arbeitende Individuen, die keine Arbeiterbewegung mehr zustande brächten.

Seinerzeit wurde von Sozialdemokraten wie Kapitalisten *analysiert*, dass die damals neue *fordistische* Arbeitsorganisation zu Entsolidarisierung und Dequalifizierung führen würde, kurz, sie würde dem Sozialismus die Basis nehmen. Beide haben sich getäuscht. So wie der Kampf gegen die Webstühle letztlich zum Kampf gegen seine Eigentümer, die Industriekapitalisten wurde, wurde der Kampf gegen die Zeitnehmer in der Fabrik zum Kampf gegen das Finanzkapital. In der kommunistischen Internationale wurde das Thema der Ausdifferenzierung der Klassen und die Folgen für die revolutionären Bündnisse der Arbeiterklasse zum bestimmenden Thema. Auch gegen Ende der *fordistischen* Epoche wurde diese Debatte weitergeführt auf Basis ökonomischer Forschungen, z. B. von Eugen Varga und bei uns z. B. von Jürgen Kuczynski. Die Veteranen der kommunistischen Programmdebatte der 60er und 70er Jahre erinnern sich an die grundlegenden Werke „Imperialismus heute“ und „Imperialismus in der BRD“. Den Thesenschreibern ist es nicht gelungen, kritisch daran anzuknüpfen.

IT-basierte Produktion – Wege zum Kommunismus

Was wir heute zu untersuchen haben, ist also, welche Änderungen der Arbeitsorganisation die Entwicklung der

Produktivkräfte der letzten Generation mit sich gebracht hat und was das für die Arbeiterklasse und ihre Organisationen bedeutet.

Der wesentliche Fortschritt der Produktivkräfte ist sicher die Integration der Elektronik in die Wirtschaft. Durchgesetzt hat sich die IT-basierte Produktion und Verteilung etwa gleichzeitig mit dem Auslauf der Rekonstruktionsperiode nach dem 2. Weltkrieg. Nach den Zerstörungen bisher nicht dagewesenen Ausmaßes konnte die Produktion so ausgeweitet werden, dass Krisen der Vergangenheit anzugehören schienen – diese Zeit endete Mitte der 70er Jahre.

Gleichzeitig änderte sich ebenso grundlegend die Aufteilung der Welt: die USA hatten den alten Kolonialmächten den Einfluss in ihren Ex-Kolonien im Wesentlichen abgenommen. Durch ihre Machtstellung konnten die USA in der kapitalistischen Welt die Fortschrittsindustrien Luft- und Raumfahrt und die eng damit verbundene Elektronik weitgehend monopolisieren.

Zunächst war in den 70er Jahren Japan als stärkster imperialistischer Konkurrent in den Fokus der US-Imperialisten gekommen, den es galt niederzukunftskonkurrieren. Dabei wurden auch die Methoden der japanischen Arbeitsproduktivität untersucht. *Outsourcing* und *Just in Time*, japanische Systeme der Ausgliederung von Subunternehmen, wurden in die eigene Produktionskette übernommen. Das westdeutsche Kapital lernte von der US-Industrie bzw. musste gegen sie bestehen. Das Ausquetschen von Zulieferern ergänzte sich mit den damals neuen *flexiblen* Arbeitsmodellen des Propheten der Sozialpartnerschaft, Peter Hartz.

Die IT-Anwendungen wurden nicht nur in der Konstruktion, der Planung, im Finanzwesen und in der Arbeitsorganisation in die Werke integriert, sondern auch unmittelbar in die Produktion und Verteilung. In den USA wurden bei GM Roboter zuerst in den frühen 60er Jah-

ren an den Fließbändern eingesetzt, in Westdeutschland ab den 70er Jahren.

Die geographische Organisation der Arbeit wurde durch die Verbreitung des Internets von Grund auf verändert. Die erleichterte Kommunikation in großen Einheiten erlaubte einen nationalen und internationalen Monopolisierungsschub unter dem Stichwort *nationale Champions*, der nicht nur Zentralisierung und Konzentration von Kapital, sondern immer auch eine weitere Vergesellschaftung mit sich brachte. Wenn man Wege zum Kommunismus sucht: Was die Produktivkräfte angeht, hat Deutschland große Schritte auf dem Weg zur gesellschaftlich planbaren Wirtschaft gemacht.

Durchgesetzt hat sich der Prozess in den Zyklen, die nach der Rekonstruktionsperiode wieder schärfer geworden sind. Jede zyklische Krise brachte ein höheres Maß an imperialistischer Konkurrenz und Arbeitslosigkeit mit sich. Wie seit Beginn der kapitalistischen Krisen zeigt sich jedes Mal wieder, dass die Entwicklung des gesellschaftlichen Reichtums sich im Kapitalismus gegen seine Produzenten, die Arbeiter richtet.

Die Folge des Prozesses ist zunächst das weitere und schnellere Zerriebenwerden der anderen Klassen zwischen Kapital und Arbeiterklasse. Die genaue Bestimmung der Ausdifferenzierung der Hauptklassen des Kapitalismus ist heute ebenso wichtig, wie die Bestimmung der Lage der Bauern und der Kleinbürger. Das wird in den *Politischen Thesen* nicht geleistet. Noch weniger wird dort eine Grundlage gelegt, auf der sich behaupten ließe, „die soziale Basis der Arbeiterbewegung“ sei „zer-setzt und aufgelöst“.

Quellen und Anmerkungen:

[1] Thomas Lühr, MBl. 4/10



ARBEITERKLASSE – SEIN UND BEWUSSTSEIN

„Wie lernt die Klasse (wieder) zu kämpfen?“ [1] – diese „wichtigste unter all unseren wichtigen Fragen“ [2] ist auch die nach der Überwindung des Rückstands gewerkschaftlicher Gegenwehr in Deutschland im Vergleich zu anderen europäischen Ländern. Damit verbunden, aber nicht identisch, ist die Frage nach der Wiederbelebung *sozialistischen* Klassenbewusstseins. Robert Steigerwald und Willi Gerns unterstreichen zu Recht diesen wichtigen Unterschied und auch, dass dafür die „bewusstseinsbildende Arbeit einer marxistischen Partei unverzichtbar“ ist [3].

Allerdings erscheint elementares *gewerkschaftliches* Bewusstsein auf Massenebene als eine Voraussetzung für den weiteren Schritt zu *sozialistischem* Bewusstsein. Darum konzentriere ich mich hier auf diese Frage.

Konkurrenz und Differenzierung

Schon Marx und Engels schilderten die beiden widerstreitenden Tendenzen, die das „Sein“ der abhängig Arbeitenden bestimmen: „Die Großindustrie bringt eine Menge einander unbekannter Leute an einem Ort zusammen. *Die Konkurrenz spaltet sie in ihren Interessen*; aber die Aufrechterhaltung des Lohns, dieses gemeinsame Interesse gegenüber ihrem Meister, vereinigt sie in einem gemeinsamen Gedanken des Widerstands – *Koalition*“ [4]. „Die Arbeiter beginnen damit, Koalitionen gegen die Bourgeoisie zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. (...) Es bedarf aber bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren.“ Doch: „Diese Organisation der Proletarier zur Klasse, und damit zur politischen Partei, wird *jeden Augenblick wieder gesprengt durch die Konkurrenz unter den Arbeitern selbst*“ [5].

Neben der Konkurrenz behindern auch die Unterschiede in ihren Lebenslagen die Vereinigung der Arbeitenden zu kollektiven Aktionen. Willi Gerns konnte 1978 noch feststellen: „Elementare

ökonomische Klassenerkenntnisse, die der Sozialpartnerschaftsideologie widersprechen, sind (...) im gewerkschaftlich organisierten Kern der Arbeiterklasse verhältnismäßig weit verbreitet“ [6]. Dieser „gewerkschaftlich organisierte Kern“ ist seither erheblich geschrumpft: einerseits durch Massenarbeitslosigkeit sowie Leiharbeit, Befristungen und andere Formen „prekärer“ Beschäftigung [7], andererseits durch die Zunahme der lohnabhängig Beschäftigten im wissenschaftlich-technischen Bereich (Ingenieure, Techniker etc.) sowie im Handel und Finanz- und Dienstleistungssektor.

Die differenzierte Situation, auch in der Krise, erschwert gemeinsame Kämpfe. Allerdings haben z. B. die Kämpfe in den Kitas oder bei der Gebäudereinigung einerseits, bei Siemens München andererseits exemplarisch gezeigt, dass auch *neue* Abteilungen der Arbeiter- (im prekären Dienstleistungssektor vor allem Arbeiterinnen-) Klasse Zugänge zur organisierten Arbeiterbewegung finden, wenn die Gewerkschaften ihnen einen Rahmen für die Formulierung ihrer spezifischen Interessen, für ihre eigene Organisation und Mobilisierung bieten.

„Preußische Tugenden“

„Konkurrenz unter den Arbeitenden, Strukturveränderungen in der Klasse sowie „Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes (...) gibt es in anderen Ländern auch und trotzdem kommt es zu Massenaktionen von großen Teilen oder der ganzen Arbeiterklasse. Dass dies in diesem Lande (...) den Arbeitern wesentlich schwerer fällt, dafür gibt es Gründe, die in der nicht gerade „ruhmreichen“ Entwicklungsgeschichte der Deutschen, des deutschen Volkes liegen“ [8]. Dazu gehören vor allem:

- Staats- und Obrigkeitshörigkeit
- Legalismus, Gesetzesgläubigkeit
- Versicherungsdenken.

Vor diesem Hintergrund trägt auch die deutsche Sozialdemokratie besondere Züge, die sie nicht nur von revolutionären Kräften, sondern auch von der Sozialdemokratie anderer Länder

unterscheiden. Seit der *Massenstreikdebatte* Anfang des 20. Jahrhunderts gehört dazu „die Ablehnung, ja die Bekämpfung des politischen Massen- oder auch Generalstreiks“, welcher „in Ländern wie Belgien, Frankreich, Italien, Griechenland und vielen anderen als selbstverständliches Kampfmittel der Arbeiterklasse gegen Übergriffe von Kapital und Regierung eingesetzt wird“ [9].

Marx formulierte 1868 in der Auseinandersetzung mit den Lassalleern: „... in Deutschland, (...) wo der Arbeiter von Kindesbeinen an bürokratisch gemäßregelt wird und an die Autorität, an die vorgesetzte Behörde glaubt, gilt es vor allem, ihn *selbständig gehen zu lehren*“ [10]. Beispiele für dieses „selbständige Gehen“ finden wir u. a. in den revolutionären Bewegungen der Jahre 1918 bis 1923 oder im antifaschistischen Widerstand. Doch Faschismus und Nachkriegsentwicklung restaurierten die *preußischen Tugenden* in neuer Form.

„Wirtschaftswunder“ und Streikverbote

Im Kalten Krieg war die BRD *Frontstaat*. Ihr Ausbau zum *Bollwerk gegen den Kommunismus* erfolgte mit den gleichen Mitteln wie schon Bismarcks Kampf gegen die revolutionäre Sozialdemokratie: mit *Zuckerbrot und Peitsche* (bei Bismarck: Sozialversicherungen und Sozialistengesetze).

Das *Zuckerbrot*: soziale Zugeständnisse an die Arbeiterschaft. Auch wenn gerade in den 50er Jahren große Streik-kämpfe dafür nötig waren: immer war die Funktion der BRD als *Schaufenster* gegenüber der DDR und den anderen sozialistischen Ländern ein Faktor neben anderen im Kräfteverhältnis der Klassen, im Unterschied zu anderen westlichen Ländern.

So konnten die Arbeiter in Westdeutschland vergleichsweise viele soziale Errungenschaften erreichen, mussten dafür aber deutlich weniger Kampfkraft aufwenden als in anderen kapitalistischen Staaten, sammelten

also auch weniger Kampferfahrungen. Bis heute ist die BRD eins der streikärmsten Länder in Europa.

Dazu trägt auch die *Peitsche* bei, die besonders reaktionäre Form der bürgerlichen Demokratie in der BRD. Dazu gehört, neben Altnazis im Staatsapparat, Antikommunismus und KPD-Verbot, ein besonders eingeschränktes Streikrecht. Arbeitsrichter wie Nipperdey (vor 1945 Nazi-Arbeitsrichter) erklärten *politische Streiks* für „verboten“ – bis heute herrschende Rechtsauffassung deutscher Arbeitsgerichte. Und herrschende Streikauffassung deutscher Gewerkschaftsführer: „Von politischen Streiks mit dem Ziel, Teile des Wirtschaftslebens zeitweise lahmzulegen, nahm Huber deutlich Abstand. (...) Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit (...) seien (...) nicht mit den flächendeckenden Ausständen in Frankreich oder Spanien zu vergleichen. Dieser Umgang mit Problemen passe nicht zu Deutschland und liege auch nicht in der Absicht der IG Metall“ [11].

Dem entspricht die Regelung betrieblicher Konflikte im Betriebsverfassungsgesetz: Auf der einen Seite die Beteiligungsrechte des Betriebsrats, auf der anderen das Streikverbot und Gebot des „Betriebsfriedens“: die „Eignungsstelle“ als „schärfste Waffe“. Natürlich hat es starke Auswirkungen auf das Bewusstsein der Beschäftigten, ob in den betrieblichen Konflikten „ums Teewasser“ (Lenin) die Erfahrung gemacht wird, alle Ergebnisse sind „Machtfragen“, Ausdruck der jeweiligen Kräfteverhältnisse, oder ob der Konflikt von den Betroffenen wegdelegiert wird an „Stellvertreter“ [12].

Zwar gibt es findige Belegschaften, Betriebsräte und Vertrauensleute, die diese Fesseln umgehen: die kollektive Nutzung der individuellen Informations- und Beschwerderechte durch eine komplette Abteilung oder gar Belegschaft kann auch mal einen „streikähnlichen Zustand“ herbeiführen [13]. Das ist aber (noch?) eher Ausnahme als Regel.

Interessenvertretung als Dienstleistung?

Stellvertreterpolitik und Mangel an Streikerfahrung haben Folgen: viele KollegenInnen sehen sich nicht als aktive Mitstreiter einer Kampforganisation, sondern als passive Kunden einer Dienstleistung – Interessenvertretung, einer Versicherung. So aber führt Enttäuschung über deren relative Ohnmacht in der Krise nicht zur Selbstermächtigung, Selbstvertretung und Selbstorganisation, also in den (gewerkschaftlichen) Kampf. Stattdessen liegt es näher, den Vertrag zu kündigen (durch Austritt) oder andere politische Angebote zu suchen, die (scheinbar) die erhoffte Sicherheit bieten – ein Anknüpfungspunkt für soziale Demagogie von Neonazis.

In diesem Zusammenhang ist auch die verbreitete Kritik gegenüber Gewerkschaften und Betriebsräten zu hinterfragen: Kritisieren die Beschäftigten den Verzicht auf die Organisation konsequenter Kämpfe oder kritisieren sie als Kunden die Ergebnisse, ohne aber selbst kampfbereit zu sein? Auch unsere marxistische Kritik an sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik muss immer mit bedenken, welche dieser beiden Haltungen sie stärkt [14].

Die Auseinandersetzung mit dieser Kunden-Haltung, die zumindest partielle Überwindung der Stellvertreterpolitik, die Förderung der Selbstaktivität und -verantwortung der Beschäftigten und Gewerkschafter und die Einforderung ihres Bestimmungsrechts in den Gewerkschaften – also sie „selbständig gehen lehren“ – erscheint mir heute als der erste Schritt auf dem langen Weg der Lohnabhängigen von der „Klasse an sich“ zur „Klasse für sich selbst“.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Thomas Hagenhofer/Nina Hager, UZ, 10.12.2010
- [2] Robert Steigerwald, UZ, 24.12.2010, S. 19
- [3] UZ, 24.12.2010, S. 19
- [4] Das Elend der Philosophie, MEW Bd. 4, S. 180; MEAW (6), Bd. I, S. 309
- [5] Manifest der Kommunistischen Partei, MEW, Bd. 4, S. 470/471; MEAW (6), Bd. I, S. 424–426, Hervorhebungen jeweils von mir
- [6] Willi Gerns, Klassenbewusstsein und Partei der Arbeiterklasse, Frankfurt/M. 1978, S. 13
- [7] Vgl. hierzu z. B. Nicole Mayer-Ahuja, Prekäre Arbeit – und die Gewerkschaften?, in: Projekt Klassenanalyse@BRD (Hrsg.): Umbau der Klassengesellschaft. Beiträge zur Klassenanalyse Bd. 2, Essen 2006
- [8] Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ), Nr. 313, Oktober 2005, S. 24; vgl. ebenda „Warum sind die deutschen Arbeiter so wenig kampfbereit?“ und weitere Artikel zu diesem Thema (S. 24–39) sowie die Ausführungen von Robert Steigerwald über „Nationalgeschichtlich wirkende Faktoren“, a. a. O., S. 63
- [9] KAZ Nr. 315, März 2006, S. 28 ff.; vgl. ebenda „Die besondere Rolle der deutschen Sozialdemokratie, gezeigt am Beispiel des Massenstreiks“ und weitere Artikel zu diesem Thema (S. 28–42)
- [10] K. Marx an Schweitzer, MEW Bd. 32, S. 570, Marx/Engels, „Über die Gewerkschaften“, Berlin (DDR) 1971, S. 570
- [11] Berthold Huber auf der Pressekonferenz am 1.11.2010, FAZ, 2.11.2010
- [12] Vgl. hierzu: Robert Steigerwald, a. a. O., S. 57/58
- [13] Ein Beispiel dafür waren die „Informationstage“ bei Opel Bochum 2004, weitere Beispiele ähnlicher Belegschaftsaktionen gegen Abgruppierungen und Lohnsenkungen im Rahmen der Umsetzung des „Entgeltrahmenabkommens (ERA)“ in der Metallindustrie (MAN München, Karmann Osnabrück) siehe u. a.: KAZ Nr. 320, S. 7 + 9
- [14] Diese Frage wäre m. E. ein wichtiger Aspekt in der Diskussion um „Alternative Listen“ bei BR-Wahlen – aber das wäre ein anderer Artikel ...



„KRISENBEWÄLTIGUNG“ DURCH DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRER AM BEISPIEL DER IG METALL

Werfen wir einen Blick zurück auf den Beginn und die Mitte der 1990er Jahre. Seit diesem Zeitpunkt versuchen die IGM-Führer dem Kapital ihre Kompetenz als Krisen-Manager des kapitalistischen Systems zu beweisen. Ein Ergebnis davon: Co-Management und „intelligente Lösungsvorschläge“ statt Interessengegensatz und Klassenkampf! Zu den „Lösungsvorschlägen“ zählen u. a. die bisher bekannten „Bündnisse für Arbeit“, das „VW-Modell“, hunderte Beschäftigungssicherungs-, Standort-, Zukunfts- und sonstige Tarifverträge. So wurde das mit dem Kapital vereinbarte Tauschgeschäft – *Lohnverzicht, unentgeltliche Arbeit usw. gegen Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen* – nicht nur in der IGM salonfähig gemacht und durchgesetzt. Jedes einzelne *Bündnis* entfaltet hierbei, geschrieben oder nicht, seine eigene Friedenspflicht, d. h. Streikverbot bzw. Streikverzicht.

In einer Studie stellte das Wirtschaftswissenschaftliche Institut (WSI) des DGB 2004 u. a. fest: „Die Betriebsräte werden massiv unter Druck gesetzt, um diese Verzichtvereinbarungen zu schließen“ [1]. Mit dem „Pforzheimer Abkommen“ vom 12. 2. 2004 hat die IGM-Führung diese „intelligente Krisenlösung“ zur offiziellen Tarifpolitik erklärt. Abgesehen von Lohnverzicht usw. hat sie sich damit verpflichtet, dem Kapital Wettbewerbs- und Innovationsfähigkeit zu erhalten und zu verbessern. Seitdem steht das sozusagen als gewerkschaftliche Aufgabe mit Rechtsanspruch für die Kapitalisten in Tarifverträgen und Betriebsvereinbarungen, z. B. bei Siemens, Daimler Chrysler, MTU, MAN-Roland, AEG; Heidel Druck, Linde u. a.

Im Februar 2010 wurde auf diesem Boden bei VW der Tarifvertrag „Konzept zur nachhaltigen Beschäftigungssicherung“ abgeschlossen. Die Belegschaft wird damit für die Laufzeit bis 2014 tarifvertraglich verpflichtet, jährlich die Produktivität um 10 % zu steigern. Hartmut Meine, zuständiger IGM-Bezirksleiter,

stellte dazu fest: „Beschäftigte, die ein sicheres Arbeitsverhältnis haben, sind motiviert und bereit, an geplanten Produktivitätssteigerungen mitzuarbeiten“ [2].

Mit diesen *Konzepten* werden die IGM, die Mitglieder, Betriebsräte und Belegschaften vor den Karren des Kapitals gespannt. Dabei werden sie auf falsche, den gewerkschaftlichen Zielen entgegengesetzte und satzungsmäßig nie beschlossene Aufgaben festgelegt. Das ist Desorientierung der Arbeiterklasse in großem Stil.

Die Verteidiger der Bourgeoisie

In seinen Schriften über den Kampf gegen den Revisionismus stellte Lenin fest: „Die Praxis hat bewiesen, dass die Politiker innerhalb der Arbeiterbewegung, die der opportunistischen Richtung angehören, bessere Verteidiger der Bourgeoisie sind als die Bourgeoisie selbst. Hätten sie nicht die Führung der Arbeiter in ihrer Hand, so könnte sich die Bourgeoisie nicht behaupten“ [3].

Dazu passt, wenn DGB-Vorsitzender Sommer im Angesicht der von der Krise angerichteten Verwüstungen erklärt: „*Wir müssen sie nutzen um zu zeigen, Marktwirtschaft ist ein sinnvolles System, aber man muss sie mit sozialen Werten und staatlicher Regulierung versehen*“ [4]. Statt Aufklärung über die Krisenursachen ist die Rettung des kapitalistischen Ausbeutungssystems seine Sorge. Dafür hat sich der IGM-Vorstand besonders in den Jahren 2008–2010 eingesetzt. Zur Krisenbewältigung organisierte er 2009 eine Reihe von Branchenkonferenzen. Den anwesenden Betriebsräten wurde hierbei mit einer angeblich drohenden *Entindustrialisierung* der BRD als Krisenfolge Angst gemacht.

Die IGM-Führung machte sich Gedanken, wie das verhindert werden kann: In einem IGM-Maschinenbau-Memorandum vom Oktober 2009 wird „... von den Unternehmen und deren Ei-

gentümern die Erstellung und Realisierung betrieblicher Zukunftspläne gemeinsam mit den Beschäftigten, den Betriebsräten und der IG Metall“ verlangt und festgestellt: „*An der Erarbeitung dieses Konzepts werden sich die IG Metall und die Betriebsräte aktiv beteiligen.*“

Am 21. 12. 2009 unterstreicht der IGM-Vorsitzende Huber im Interview mit dem Weser-Kurier den Ernst der Sache. Von der Merkel-Regierung fordert er ein 100 Milliarden Euro schweres *Zukunftsprogramm* fürs Kapital. An wen er hierbei besonders gedacht hat, beantwortete er mit der Frage: „*Sollen gute Unternehmen gestützt werden, von denen nicht wenige Weltmarktführer sind und unser Wohlstand abhängt?*“ In der Februar-Ausgabe der Metallzeitung 2010 hat er nochmals deutlich gemacht, worum es geht: „*Nicht nur Banken sichern, sondern auch direkt die deutsche Industrie stützen! Jetzt muss notleidenden Industriebetrieben geholfen werden, damit sie später gestärkt aus der Krise kommen (...). Um Entlassungen zu verhindern, müssen Gewerkschaften, Arbeitgeber und die Politik gemeinsam ihre Verantwortung wahrnehmen.*“

Verantwortung mit Kapital und Regierung übernehmen

Es ist nicht möglich, unsere Existenz zu sichern, indem wir gemeinsame Sache mit den *notleidenden* Kapitalisten machen. Sie zu stärken, heißt nichts anderes, als denjenigen die Waffen zu schärfen, die ständig über unseren *Wohlstand* herfallen und unsere Existenz bedrohen, die uns höhere Löhne, Arbeitszeitverkürzung, Herabsetzung des Rentenalters, Mindestlöhne u. a. verweigern. Eben das, was *Weltmarktführer* bei der Profitmaximierung so tun und tun müssen, um ihre internationalen Konkurrenten vom Weltmarkt zu vertreiben, damit sie *Weltmarktführer* bleiben können. In dieser sich ständig verschärfenden Auseinandersetzung um Absatzmärkte, Rohstoffquellen usw. bleibt es nicht aus, dass sie sich immer wieder einmal in die Haare geraten. „In

der weiteren Perspektive (kann) mit der Veränderung der ökonomischen und militärischen Kräfteverhältnisse und – mit der Zuspitzung des Kampfes um die immer begrenzter werdenden Rohstoffquellen und um Vorherrschaft in der Welt – auch die Gefahr kriegerischer Auseinandersetzungen zwischen imperialistischen Metropolen wieder akut werden“ [5].

Je mehr Profite wir den Kapitalisten lassen, desto aggressiver können sie gegen uns und die Völker der Welt vorgehen. Statt offensiv die Gewerkschaften gegen die Kriege des deutschen Imperialismus zu mobilisieren und auf die Gefahr weiterer Kriege hinzuweisen, verschärft das *gemeinsam Verantwortung übernehmen* der opportunistischen Gewerkschaftsführer mit dem Kapital die Kriegsgefahr. Ein Blick in die Geschichte der Arbeiterbewegung zeigt uns, wie weit Gewerkschaftsführer dafür schon gegangen sind. Im 1. Weltkrieg 1914–1918 hieß das Abkommen Burgfrieden mit dem deutschen Imperialismus. 1933 weigerten sich die damaligen Führer des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB), die bevorstehende Machtergreifung der Hitlerfaschisten mit einem Aufruf zum Generalstreik zu verhindern.

Abgesehen von einigen Ausnahmen wehrt sich auch heute die große Mehrheit unserer Gewerkschaftsführer mit Händen und Füßen gegen den politischen Streik. Dazu gehört auch der IGM-Vorsitzende. Am 2. 11. 2010 hieß es im FAZ.NET: „*Von politischen Streiks mit dem Ziel, Teile des Wirtschaftslebens zeitweise lahmzulegen, nahm Huber deutlich Abstand. Natürlich verursachten auch hierzulande Betriebsversammlungen während der Arbeitszeit kurzfristige Produktionsausfälle. Diese seien jedoch nicht mit den flächendeckenden Ausständen in Frankreich oder Spanien zu vergleichen. Dieser Umgang mit Problemen passe nicht zu Deutschland und liege ,auch nicht in der Absicht der IG Metall‘.*“

Was zu Deutschland passt, machte Huber mit seiner Aussage erneut deutlich: Opportunistische Gewerkschaftsführer, die sich – mehr als das in anderen Ländern der Fall ist – gegen die elementarste und längst nicht das kapitalistische System sprengende Kampfform der Arbeiterklasse, den politischen Streik stellen. Das heißt nicht nur Streikbruch gegenüber den Generalstreiks unserer Kolleginnen und Kollegen in anderen Ländern, sondern ebenso dem gesamten, immer wieder

von den Kapitalisten angegriffenen Streikrecht einen Tritt zu versetzen. Mit anderen Worten Entwaffnung der Arbeiterklasse. Nach der IGM-Tarifrunde 2010 brüstete sich die IGM-Spitze mit einem Tarifabschluss ohne „Rote Fahnen, Trillerpfeifen und Warnstreiks“ [6] und sonnte sich im Beifall von Kapital und Regierung. So zu tun, als hätte diese Politik keinen Einfluss auf Bewusstseinsentwicklung, Kampfbereitschaft, Mobilisierung und Kampffähigkeit der Gewerkschaften, heißt die Realität ausblenden.

Quellen und Anmerkungen:

[1] ND 14. 08. 2004

[2] SZ 17. 2. 2010

[3] Lenin über den Kampf gegen den Revisionismus, Broschüre anlässlich des 90. Geburtstags Lenins, Verlag für fremdsprachige Literatur Peking 1960

[4] taz 15. 12. 2008

[5] Programm der DKP, S. 14

[6] s. Artikel von L. Jost, T&P 21, S. 13



Nachfolgende Thesen von Renate Münder stellen wir hiermit zur Diskussion – Diskussionsbeiträge erbeten!

THESEN: ARBEITERKLASSE, KOMMUNISTEN UND KLASSENKAMPF

1. Auch die deutsche Arbeiterklasse ist *prinzipiell* für den Kampf um ihre eigenen Interessen auf gewerkschaftlicher Ebene zu aktivieren. Das schließt den politischen Kampf ein. Das gilt heute wie vor 30 Jahren. Das ist die Erfahrung vieler aktiver Gewerkschafter. Die Voraussetzung ist, dass zentrale oder regionale Gliederungen der Gewerkschaften zur Aktion aufrufen und dass die betriebliche Ebene den Aufruf umsetzt. Das zeigten die Kundgebungen gegen das Sparprogramm („Gerecht geht anders“), die Aktionstage gegen Leiharbeit, die Mobilisierung gegen die Rente mit 67 usw. In den letzten Jahren konnten auch Teile der Arbeit-

terklasse mobilisiert werden, die früher nicht zu mobilisieren waren. Wenn das Proletariat diesen Kampf konsequent führen würde, wäre schon sehr viel gewonnen.

2. Dem Bezirksvorsitzenden der DKP Südbayern, Walter Listl, ist massiv zu widersprechen, wenn er behauptet, dass es „die Arbeiterklasse, wie sie bis in die achtziger Jahre von uns als Bezugsgröße für ein revolutionäres Subjekt angesehen wurde, nicht mehr gibt“ [1]. Solche unfundierten Einschätzungen kommen aus einer unrealistischen Sicht der Arbeiterklasse in der Vergangenheit. Die Rekonstruktionsperiode

nach 1945, eine Ausnahmesituation von maximal 30 Jahren, kann wahrlich nicht als Maßstab hergenommen werden. Die Konkurrenz, die Listl fälschlicherweise dem *Neoliberalismus* zuschreibt, ist dem Kapitalismus immanent (siehe Artikel von Achim Bigus). Solidarität entstand und entsteht nie spontan, allein durch die Arbeitsorganisation, selbst nicht auf der Galeere, angekettet und zum gleichen Ruderschlag verdammt.

3. Die Konsequenz bei Listl (und den *Politischen Thesen*), das Setzen auf andere „Bewegungen“ als gesellschaftsverändernden Motor, ist eine falsche Orientierung. Es würde kein einziges



Problem der Arbeiterklasse, der Gewerkschaften lösen – bei Lohn und Arbeitszeit nicht, aber auch nicht bei politischen Forderungen. Denn allein in Betrieben, die im Zentrum der (Mehrwert-)Produktion stehen, kann ein Widerstand aufgebaut werden, der die Bourgeoisie empfindlich trifft. *Der Betrieb ist für die anzustrebende Hegemonie der Arbeiterklasse Zentrum der Veränderung.* Durch eine selbstbewusste Politik der kampfstärksten Teile der Arbeiterklasse kann Hegemonie entstehen, auf die Masse der Arbeiter auch in den Kleinbetrieben und im Sektor der gesellschaftlichen Reproduktion bis hin zum Kleinbürgertum und gesellschaftlichen „Bewegungen“ ausstrahlen und sie mitreißen, d. h. sie als Bündnispartner im Kampf gewinnen.

4. Statt Defätismus und Kapitulation vor dem Angriff des Kapitals bedarf es der Entwicklung einer neuen gewerkschaftlichen Strategie und Taktik. Angesichts der Veränderungen der Klassenkräfte durch die Produktivkraftentwicklung, muss die Stoßrichtung der Kampfkraft der Arbeiterklasse wieder neu ausgerichtet und organisiert werden, d. h. die Klassenkräfte müssen analysiert, die Schwachstellen des Kapitals herausgefunden und die Gegenkräfte formiert werden. Diese Arbeit wird durch Artikel einzelner kritischer Gewerkschafter oder Gremien, die z. B. im *labournet* zu finden sind, vorangebracht – diejenigen, die dafür gut bezahlt werden, die Führungsspitzen der Gewerkschaften, leisten sie nicht einmal ansatzweise. Im Gegenteil, sie desorientieren die Arbeiterklasse (siehe Artikel von Ludwig Jost).

5. Von der Gewerkschaftsbürokratie wird selbständiges Denken und Handeln kaum mehr gefördert:

- In der täglichen Betriebsarbeit dominiert die Stellvertreterpolitik – nicht das Bewusstsein, die Gewerkschaft sind wir und die Gewerkschaftssekretäre sind unsere Angestellten.
- Die Gewerkschaftsführung ist stolz darauf, Kämpfe zu vermeiden, womit eine wesentliche Schule des Klassenkampfes entfällt oder radikal reduziert ist.
- Der Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital wurde bei der überwiegenden Mehrheit der gewerkschaftlichen Se-

minare und Bildungsstätten entsorgt, sie wurden entpolitisiert und auf das Studium der Betriebsverfassung reduziert.

Das Ergebnis von 60 Jahren sozialpartnerschaftlicher Politik hat im Bewusstsein der Arbeiterklasse entscheidende Spuren hinterlassen. *Die Entwicklung von Klassenbewusstsein ist die zentrale Aufgabe der Kommunisten in dieser Etappe.*

6. Das beginnt mit der Kleinarbeit in Betrieb und Gewerkschaft, das ist immer unerlässlich. Mit „Realismus und Beharrlichkeit“, da ist dem Genossen Falk Prahl [2] zuzustimmen. Ohne den Rückhalt der Kolleginnen und Kollegen ist an einen erfolgreichen Kampf gegen den Opportunismus nicht zu denken. Allerdings kann der Opportunismus der Gewerkschaftsführung oft jahrelange Arbeit zunichtemachen.

Um diesen zu bekämpfen, müssen wir bei den Interessen der Kolleginnen und Kollegen ansetzen, z. B. bei der Tarifpolitik, die immer mehr Kolleginnen und Kollegen als ihren Interessen zuwiderlaufend begreifen, wie u. a. Falk Prahl beschreibt. Beim Widerstand gegen die Rente mit 67, gegen die scheinbar Privatisierung des Gesundheitswesens usw. haben wir einen guten Ansatzpunkt der Agitation für den politischen Streik, denn anders – „realistisch“ betrachtet – kann kein ausreichender Druck auf die Regierung ausgeübt werden. Bei den Aktionen gegen Leiharbeit, d. h. der Organisierung von Solidarität mit einem Teil der Klasse, können wir auf den Klassengegensatz hinweisen, seinen antagonistischen Charakter. Doch wir sollten auch Stellung beziehen gegen die Verklärung des Normalarbeitsverhältnisses als „faire, sichere Arbeit“ und auf die Ausbeutung durch den stinknormalen Kapitalismus hinweisen. Ausbeutung darf nicht als Missbrauch erscheinen, sondern muss als Grundlage des Kapitalismus erklärt werden.

Das schwierigste Thema – und eines der wichtigsten – ist sicher die Standortpolitik, in die die Gewerkschaften voll eingebunden sind (siehe L. Jost). Eine Studie der Hans-Böckler-Stiftung [3] vermittelt, ganz gegen ihre Absicht, die Einsicht, dass die Belegschaften, die im Rahmen von Standortsicherungsverträgen Verzicht auf tarifliche Standards

leisten sollen, dem spontanen Widerstand entgegensetzen. Thomas Haipeter untersuchte Betriebe der Metall- und Chemieindustrie, in denen die Geschäftsleitung Tarifabweichungen, z. B. eine Verlängerung der Arbeitszeit, durchsetzen wollte. Die Belegschaften betrachteten dies aber nicht als Instrument der Beschäftigungssicherung, sondern als Instrument der Umverteilung und lehnten dies ab. „Es entstanden dabei Situationen, dass die Interessenvertreter bei den Beschäftigten für Verhandlungen werben mussten“ (!). Wenn sie eine „konfliktorientierte Strategie“ verfolgten, erfuhren sie in allen Fällen großen Zuspruch: „die Beschäftigten zeigten eine *überschüssige Streikmotivation* und die Interessenvertretungen hatten *teilweise Mühe, diese zu kontrollieren*“ (!). Die gewerkschaftlichen Abkommen, die dem zugrunde liegen, müssen von uns immer wieder angegriffen und schließlich zu Fall gebracht werden.

7. Falk Prahl vertritt die Meinung, die gewerkschaftlichen Kampagnen wie „Gerecht geht anders“ seien „Grundvoraussetzung für die Vermittlung von gesellschaftlichen Zusammenhängen und weitergehenden politischen Zielsetzungen und bilden die Basis für ein anzustrebendes progressives, strategisches Konzept/Projekt für eine Wende zum demokratischen und sozialen Fortschritt, als Voraussetzung für die Öffnung des Wegs zu einer antimonopolistischen Demokratie“ [2]. Da ist zu differenzieren: Gewiss ist es ein Fortschritt, dass überhaupt politische Forderungen wieder von den Gewerkschaften auf die Agenda gesetzt werden, denn damit haben auch wir Kommunisten mehr Ansatzpunkte für die Politisierung der Betriebsarbeit. Aber sie sollen nach dem Willen der verantwortlichen Gewerkschafter von IG Metall und IG BCE [4] nicht dazu führen, ernsthaft Kampfmaßnahmen in Angriff zu nehmen, vor allem ihre Mitglieder auf den politischen Streik inhaltlich und praktisch vorzubereiten. Zweitens sind die Kampagnen auf die Versöhnung der Kollegen mit dem Kapitalismus ausgerichtet. Das Motto der IG Metall, „faire, sichere Arbeit“, verbreitet z. B. die Illusion, dies könne im Kapitalismus realisiert werden.

8. Unsere Maxime hat schon Marx formuliert: „Gewerkschaften tun gute Dienste als Sammelpunkte des Widerstands gegen die Gewalttaten des Ka-

pitals. Sie verfehlen ihren Zweck zum Teil, sobald sie von ihrer Macht einen unsachgemäßen Gebrauch machen. Sie verfehlen ihren Zweck gänzlich, sobald sie sich darauf beschränken, einen Kleinkrieg gegen die Wirkungen des bestehenden Systems zu führen, statt gleichzeitig zu versuchen, es zu ändern, statt ihre organisierten Kräfte zu gebrauchen als einen Hebel zur schließlichen Befreiung der Arbeiterklasse, das heißt zu endgültigen Abschaffung des Lohnsystems“ [5].

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Walter Listl, Grußwort der DKP an den Parteitag der KPÖ am 25. 2. 2011, kommunisten.de
- [2] Falk Prahl, Betriebs(gruppen)arbeit mit Realismus und Beharrlichkeit, UZ 4. 2. 2011
- [3] Studie der Hans-Böckler-Stiftung, Erneuerung aus der Defensive? Gewerkschaftliche Perspektiven der Tarifabweichung, in WSI-Mitteilungen 6/2010 und Thomas Haipeter, Betriebsräte als Tarifakteure, in IAQ-Report 2010-01

- [4] Der Vorsitzende von verdi, Frank Bsirske, befürwortet den politischen Streik (Hamburger Abendblatt 6. 11. 2010), aber verdi ist noch weit davon entfernt, die entsprechende Schlagkraft entfalten zu können.
- [5] Karl Marx, Lohn, Preis und Profit, MEW 16, S. 152



Corell

ZUR DEBATTE ÜBER DIE EU

Angesprochen auf die Pläne von Merkel und Sarkozy für eine europäische Wirtschaftsregierung unter Hinweis auf den „Anfang eines deutschen Europas“, meint die französische Finanzministerin Lagarde in einem Interview: „Die Tage von Diktaten und Hegemonien sind in Europa zum Glück vorbei“ [1]. Demgegenüber erklärt der Kolumnist der bürgerlichen Financial Times Deutschland, München: „Deutschland und Frankreich versuchen unverblümt, ihre Machtpositionen auszunutzen. (...) Was hier passiert, ist nichts anderes als der Versuch einer politischen Erpressung“ [2].

Es lohnt also genauer hinzuschauen, worum es dabei geht. Umso genauer, wenn die Europäische Linke eine „Basiskampagne“ initiieren will: „Es geht um eine Strategie zugunsten von Beschäftigung, sozialer Sicherheit, Verbesserung der Arbeitsbedingungen, ökologischem Umbau und Demokratisierung – also um ein anderes Europa“ [3].

Wenn ernst gemeint, ist der Ausgangspunkt für die Entwicklung einer Strategie kein Wunschkonzert, sondern die Analyse der Verhältnisse. Sie soll Klarheit schaffen über den Gegner, Feind und über die eigenen Kräfte inklusive der Reserven und ihrer Aufstellung. Auf dieser Grundlage erst können Ziele formuliert werden und die Richtung des Hauptstoßes festgelegt werden. Dazu sollten drei Eckpunkte Berücksichtigung und Eingang in die Debatte finden:

Eckpunkt 1: Lenin begründet hinreichend die Behauptung, dass die Vereinigten Staaten von Europa entweder unmöglich oder reaktionär seien. Wir können heute hinzufügen: Je mehr die Vereinigten Staaten von Europa in den Bereich des Möglichen rücken, desto reaktionärer werden sie.

- Reaktionär mit ihrer Frontstellung gegen das sozialistische China.
- Reaktionär gegen die kleineren Mitgliedsländer, denen eine eigenständige Entwicklung selbst auf kapitalistischer Grundlage abgeschnitten wird und die vermittelt über „Brüssel“ zu Sonderwirtschaftszonen der imperialistischen Länder im EU-Verbund werden, in Abhängigkeit vor allem von der BRD, sowie von Frankreich, Großbritannien und Italien. Wie „demokratisch“ diese Abhängigkeit geregelt ist, zeigt sich allein schon durch das Abgehen vom Grundsatz *eine Nation eine Stimme*.
- Reaktionär ist die EU gegen den Rest der Welt, der sie einerseits als „Festung Europa“ entgegentritt und sich gegen die Flüchtlinge abschottet, andererseits als bewaffnete Macht sich zu etablieren sucht, die die Ausbeutungsinteressen ihrer Monopole in Afrika, Asien und Lateinamerika schützt – und dadurch die Flüchtlinge schafft.
- Und schließlich ist die EU reaktionär gegen die Arbeiterklasse, gegen die Arbeiterbewegung und ihre inter-

nationale Solidarität. Die EU bietet eine Plattform des Monopolkapitals, um die Errungenschaften der Arbeiterklasse zu demontieren, die verschiedenen nationalen Abteilungen gegeneinander auszuspielen und die Kapitalisten zu vereinigen gegen alle Bestrebungen der Arbeiterbewegung, zu einer neuen Gesellschaftsform, zum Sozialismus, zu gelangen.

Eckpunkt 2: Die Unterscheidung von Unterdrückernation und unterdrückter Nation ist zu beachten. Lenin weist eindringlich darauf hin, dass ein Übersehen dieses Unterschieds in blanken Opportunismus führt.

In der Frage der EU wird überdeutlich, dass die imperialistischen Unterdrückernationen in der EU, nämlich Frankreich, Großbritannien, Italien und allen voran der deutsche Imperialismus, ein zeitweiliges Bündnis eingegangen sind: Nach dem 2. Weltkrieg zunächst als Bollwerk gegen den Sozialismus in Europa, dann als zweites imperialistisches Zentrum, um mit dem US-Imperialismus zu rivalisieren, seit 1989 als Bündnis zur gemeinsamen Neuaufteilung vor allem Osteuropas und schließlich zum Eingreifen in der ganzen Welt.

Während derzeit die neu in die EU einverlebten Nationen an die Kandare genommen werden und die Beute unter die Großen aufgeteilt werden soll, geraten die Großen unvermeidlich über ihren jeweiligen Anteil in Streit. Über



die Formen dieses Streits – heute noch friedlich, morgen militärisch – kann man trefflich disputieren. Es ändert nichts daran, dass es um Macht, Herrschaft, Dominanz und Unterdrückung geht.

Eckpunkt 3: Selbstbestimmungsrecht der Nationen und proletarischer Internationalismus

In der Epoche des Imperialismus wird das Selbstbestimmungsrecht der Nationen generell in Frage gestellt. Nach der weitgehenden Abschaffung des offenen Kolonialsystems ist die heute noch vorherrschende Form die ökonomische Abhängigkeit bei formeller politischer Souveränität. Tendenzen zur Rekolonialisierung sind jedoch offensichtlich: Kosovo, Irak, Afghanistan.

Die Auseinandersetzung in der EU geht auch um den Grad, in dem Nationen bei ihrem Beitritt ihre politische Souveränität aufgeben müssen. Dies ist das Problem ausschließlich der kleinen und von den imperialistischen Ländern abhängigen Nationen, die neben ihrer ökonomischen Unabhängigkeit nun auch noch ihre politische verlieren sollen und zu Provinzen mit Statthaltern im EU-Reich von Deutschlands, Frankreichs und Großbritanniens Gnaden herabgestuft werden.

Das Selbstbestimmungsrecht dieser Nationen zu verteidigen, ist Aufgabe und Pflicht des Proletariats nicht nur in den abhängig gemachten Nationen, sondern auch des Proletariats in den imperialistischen Ländern. Das Proletariat in einem abhängigen Land steht der Bourgeoisie in diesem Land gegenüber. Diese Bourgeoisie ist umso schwächer, je weniger sie direkt und unmittelbar mit anderen Bourgeoisien verbunden ist. Die Forderung in diesen Ländern muss deshalb heißen: Raus aus der EU! Oder wie etwa bei der Türkei: Den Beitritt verhindern! Dies trifft die verräterische Bourgeoisie im eigenen Land am meisten, die für eine Handvoll Euro bereit ist, das eigene Volk an die Meistbietenden zu verkaufen.

Die Aufgabe der Arbeiterbewegung in einem imperialistischen Land dagegen ist es, durch den Sturz des eigenen Imperialismus die Unterdrückungsmaschinerie EU zum Einsturz zu bringen. Zur Abgrenzung gegen eine faschistische Lösung, die Europa wieder unter dem deutschen Stiefel „vereinigen“ will, haben wir die Rechte der abhängigen Länder zu verteidigen – ihr Recht auf Austritt aus der EU, aber auch ihr Recht, **als Gleichberechtigte** in die EU eintreten zu können.

Dies träge die deutsche Monopolbourgeoisie am meisten, wenn sie von den eigenen Arbeitern daran gehindert würde, Griechenland oder die Türkei zu demütigen, zu unterjochen und – mit EU-Freibriefen versehen – auszuplündern. So auch würde die Basis für eine wirkliche Vereinigung von Arbeitern unterschiedlicher Nationalität in Deutschland gelegt und der faktischen Spaltung entgegengetreten, wie sie der deutsche Imperialismus seit mehr als einem Jahrhundert betreibt mit Deutschen gegen Polen, Italiener, Spanier, Griechen und Türken. Und gegen den „Fremdarbeiter“ an sich, der dem deutschen Imperialismus wirklich willkommen nur als Zwangsarbeiter im Lager war. Dadurch können wir den Klassengegensatz ins Zentrum stellen, statt nationale Unterschiede, Hader und Hass.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] „Der Spiegel“ 11/2011
- [2] FTD 10. 2. 2011
- [3] Beschluss des 3. Kongresses der Partei der Europäischen Linken (Paris, 3.–5. 12. 2010) – Für die Schaffung eines „Europäischen Fonds zur sozialen Entwicklung“



Gerhard Feldbauer

WO LIEGEN DIE WURZELN DES ÜBELS?

Einige Sentenzen zu den Ursachen der Krise der Linken in Italien

Der 90. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Italiens (IKP) am 21. Januar 1921 gab und gibt weiter Anlass, darüber nachzudenken, wo die Ursachen der heutigen tiefen Krise der Linken des Landes liegen. Auf der Suche danach kommt man nicht umhin, sich der wechselvollen Geschichte der kommunistischen Bewegung Italiens – auch im Kontext einwirkender internationaler Faktoren – zuzuwenden und entscheidende Ereignisse nochmals auf den Prüfstand zu legen [1]. Die Recherchen fördern letzten Endes das Umsichgreifen vielfältiger opportunisti-

scher Erscheinungen, vor allem seiner Hauptströmung, des Revisionismus [2], und die fehlende Auseinandersetzung mit ihnen zutage. Das betrifft zunächst die Geschichte der IKP, die nur wenige Tage nach dem 70. Jahrestag ihrer Gründung im Januar 1991 von den Revisionisten in eine sozialdemokratische Linkspartei PDS umgewandelt und damit als KP liquidiert wurde. Dann geht es um das Schicksal der nach dem Ende der IKP gebildeten Partei der Kommunistischen Neugründung, Partito della Rifondazione Comunista (PRC), die es versäumte, sich mit dem

revisionistischen Erbe der IKP auseinanderzusetzen, was dazu führte, dass die Revisionisten versuchten und weiter versuchen, ihr dasselbe Schicksal zu bereiten.

Es begann mit der Kernfrage kommunistischer Identität, der Absage an die historische Mission der Arbeiterklasse, die Marx und Engels bereits im Kommunistischen Manifest als die Beseitigung der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und damit der Beendigung der Jahrtausende währenden Ausbeutung des Menschen durch den

Menschen und dem Aufbau des Sozialismus definierten. Zur Erfüllung dieser Mission führten sie an, dass eine revolutionäre Partei, die sich zu diesen Zielen bekennt, die Arbeiterklasse für den politischen Kampf organisieren, sie führen muss. Das ist eine objektive Aufgabe, und die Fähigkeit dazu ist der Partei nicht von Anfang an gegeben. Marx und Engels sprachen von ihrer Aufgabe, der Arbeiterklasse ihre historische Rolle bewusst zu machen, damit sie aus einer „Klasse an sich“ zu einer „Klasse für sich“ wird [3].

Durchbruch der Revisionisten

Der Verzicht auf Grundfragen der kommunistischen Identität unter Enrico Berlinguer im Historischen Kompromiss der IKP (1972–1978) und unter Fausto Bertinotti auf dem V. Parteitag 2002 mit der Absage an die führende Rolle der Arbeiterklasse markierten den Durchbruch der Revisionisten bei der Strategie der Partei. Dabei sollte bereits hier festgehalten werden, dass eine Beteiligung der Kommunisten an einer bürgerlichen Regierung nicht grundsätzlich abzulehnen ist, es sich aber um keine Klassenzusammenarbeit handeln darf und es um die Bedingungen geht, unter denen ein solcher Schritt erfolgt. Gibt die Kommunistische Partei Grundsätze ihrer kommunistischen Identität auf, ist das Scheitern vorprogrammiert. Das bewiesen die Zusammenarbeit der IKP mit der großbürgerlichen Democrazia Cristiana auf Regierungsebene in den 1970er Jahren und der Eintritt der Partito della Rifondazione Comunista und der PdCI in die Regierung der Linken Mitte 2006–2008, in der sie den Kriegseinsatz in Afghanistan unterstützten.

Die Geschichte der IKP fördert Brüche zutage, Licht und Schatten liegen oft dicht beieinander. Bei herausragenden Erfolgen, zeigt die Kehrseite der Medaille große Fehler. Herausragende historische Erfolge, wie der entscheidende Beitrag zum Sieg über den Faschismus, führten zur Überschätzung der eigenen Möglichkeiten und der Unterschätzung der des Klassengegners. Das war verbunden mit Zurückweichen vor dessen Druck, mit Zugeständnissen, die schwer oder gar nicht zu korrigieren waren. Dazu kam der Irrglaube, der Gegner werde das honorieren. Gramscis Grundsatz, die Partei müsse bei notwendigen Kompromissen mit

den bürgerlichen Bündnispartnern Ausgeglichenheit wahren und Zugeständnisse dürften nicht „die entscheidende Rolle (...), die ökonomischen Aktivitäten der führenden Kraft“ betreffen, was sich auf die sozialistische Perspektive bezog, gerieten mehr und mehr in Vergessenheit [4]. Mythen, wie die Überbewertung der Möglichkeiten der nationalen Einheit, hätten kritisch betrachtet werden müssen. Führte das doch zu der Illusion, dass das im Kampf gegen das Besatzungsregime der Hitlerwehrmacht mit großbürgerlichen Kreisen gebildete Antikriegsbündnis (Wende von Salerno) könne nach 1945 fortgesetzt und für revolutionäre, antifaschistisch-demokratische Veränderungen mit einem antiimperialistischen Inhalt genutzt werden. Später brachte Berlinguer zur Begründung seiner Klassenzusammenarbeit mit der Democrazia Christiana in den 1970er Jahren – in Verkennung völlig anders gearteter Klassengegensätze – dieses Argument ins Spiel. Im Historischen Kompromiss anerkannte die IKP-Führung nicht nur das bürgerliche Staatsmodell und die Marktwirtschaft, sondern auch die Bündnisverpflichtungen Italiens und gab obendrein die absurde Erklärung ab, die NATO eigne sich unter bestimmten Bedingungen als „Schutzschild“ eines italienischen Weges zum Sozialismus.

Auslieferung der Linkspartei an bürgerliche Ideologie

Schließlich soll der Weg der 1991 entstandenen Linkspartei (PDS) betrachtet werden. Statt, wie ihre Gründer vorgaben, das Erbe Gramscis zu bewahren und an den revolutionären Traditionen der Sozialisten anzuknüpfen, landete sie 1999 in den Armen von FIAT-Besitzer Agnelli [5] und lieferte ihre Arbeiteranhängerschaft bei der Vereinigung mit einer katholischen Zentrumspartei 2007 zur Demokratischen Partei (DP) dem Einfluss der bürgerlichen Ideologie aus. Die DP tritt heute für einen „demokratischen Pakt zwischen Arbeitern und der Bourgeoisie“ und eines „demokratischen Kapitalismus“ ein. Es waren Ex-Kommunisten, die der Linkspartei dieses Schicksal bereiteten. Parallelen zur Entwicklung in deutschen Landen bieten sich an. Reiste doch der bei einem Parteiputsch im Oktober 1989 zum SED-Chef gekürte Gregor Gysi nach einem Besuch bei Gorbatschow in Moskau im Januar 1990 nach Rom, wo er mit

Noch-Generalsekretär Achille Occhetto zusammentraf, um die Erfahrungen bei der Umwandlung der IKP in eine sozialdemokratische Linkspartei zu studieren, ob sie für die SED nutzbar seien.

Angesichts der angesprochenen Position Berlusconis rücken Neuwahlen in den Blickpunkt. PRC und PdCI haben mit zwei linken Gruppen eine Federazione della Sinistra gegründet. Bündnispolitisch ein guter Schritt, wenn das Ganze nicht dem Modell der 2008 gescheiterten Regenbogenlinken, in der Fausto Bertinotti die PRC als lose Strömung aufgehen lassen wollte, ähneln würde. Wie inzwischen bekannt, ist die Föderation der Linken bereit, um ein paar Parlamentsmandate zu erlangen, auch mit der DP ein Bündnis einzugehen. Nach den Plänen des DP-Vorsitzenden Pier Luigi Bersani könnte sie sich dann mit der neu gebildeten faschistischen Partei „Zukunft und Freiheit“ [6] in einer gemeinsamen Koalition wiederfinden. Im Falle eines Wahlsieges würde die Föderation der Linken das linke Aushängeschild einer rechts ausgerichteten, DP-geführten Zentrumsregierung bilden. Diese Partei wird natürlich in Zukunft noch stärker unter einem demokratisch-bürgerlichen Deckmantel agieren, ähnlich wie in Spanien.

PRC und PdCI würden weiter an kommunistischer Identität verlieren [7].

Quellen und Anmerkungen:

- [1] G. Feldbauer, Kampf, Ruhm und bittere Jahre, jW, 21. 1. 2011
- [2] von Kurt Gossweiler „moderner Revisionismus“ genannt, in: Wider den Revisionismus, München 1997, S. 323
- [3] MEW, Bd. 4, S. 470 ff.
- [4] Antonio Gramsci, Gefängnishefte, Turin 1975, S. 1551
- [5] Das geschah wörtlich so auf dem Parteitag im Januar in Turin, auf dem Agnelli als Ehrengast von Parteichef Walter Veltroni und Premier Massimo D'Alema auf der Tribüne in herzlicher Umarmung begrüßt wurde.
- [6] Die Partei „Zukunft und Freiheit“ wurde aus der früheren Alleanza Nazionale gebildet
- [7] G. Feldbauer, Neuwahlen nicht vom Tisch, UZ, 24. 12. 2010



ES GEHT UM LENIN

„Es geht um die Frage, ob die DKP auf der leninistischen Entwicklungsetappe des Marxismus wirkt und wirken soll?“, schreibt Robert Steigerwald. Worum geht es, wenn diese Frage gestellt wird? [1].

Die Imperialismustheorie ist ein Herzstück der Weiterentwicklung des Marxismus durch Lenin. Wer behauptet, der heutige Kapitalismus würde von ihr nicht mehr erfasst werden, sagt damit zwingend, sie sei von Anfang an falsch gewesen. Sie beansprucht nämlich Gültigkeit für eine ganze geschichtliche Epoche – die des Übergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus. Dann war die strategische Ausrichtung aller kommunistischen Parteien im 20. Jahrhundert falsch.

Zweitens: Wer behauptet, es sei in unserer modernen Zeit falsch, wenn sich die DKP als Partei der Arbeiterklasse versteht, die DKP müsse sich lediglich als Teil einer Vielzahl von Bewegungen betrachten, bricht damit auch mit der Leninschen Parteitheorie. Er sagt damit zwingend, das von Lenin entwickelte Konzept der Partei neuen Typs sei falsch.

Drittens: Das Wesen der Partei neuen Typs, der kommunistischen Partei, ist die Verbindung der Arbeiterbewegung mit dem Marxismus, deren organisierter Ausdruck die Partei ist und die Lenin als unabdingbar für die Revolution erachtete. Wenn diese Verbindung nicht mehr unabdingbar, sondern bloß noch ein Faktor unter anderen ist, folgt daraus zwingend: Die Revolution ist möglich aufgrund spontan entstehender Bewegungen und/oder beliebiger theoretischer Zugänge, unter denen der Marxismus nur einer ist.

Um so viel geht es in der gegenwärtigen Diskussion in der DKP, um nicht weniger. Damit ist über Richtig und Falsch noch nichts gesagt. Aber wenn das isw und Leo Mayer recht haben, handelt es sich um die Revision des Marxismus-Leninismus, der Rolle der Partei, des Kerngehalts der kommunistischen Arbeiterbewegung.

Darum handelt es sich, wenn vom *kollektiven Imperialismus* die Rede ist, wenn der Begriff Imperialismus durch *Neoliberalismus* und *Globalisierung* ersetzt wird, wenn es in den *Politischen Thesen* heißt: „Die Hegemonie des Kommunismus in der Arbeiterklasse und in den Bewegungen kann also nicht die Voraussetzung für die Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse sein“ [2].

Wie wird die Diskussion geführt?

Wenn in der theoretischen Arbeit einer kommunistischen Partei Neues entdeckt und das bis dahin als gültig Angesehene widerlegt wird, muss der theoriegeschichtliche Zusammenhang hergestellt werden, weil anderenfalls die Bedeutung des Neuen nicht eingeschätzt werden kann. Daran mangelt es bei dem *Neuen*, das vom isw/Mayer *entdeckt* worden ist. Infolgedessen ist ein nicht kleiner Teil der DKP-Mitglieder von den sich nun schon seit vielen Jahren hinziehenden Diskussionen angeödet, mag nicht ständig hunderte von Seiten lesen oder hat garnicht die Zeit dafür. So wird die Diskussion zum Tummelplatz von *Spezialisten*, werden andere zu stummen Zuschauern, die eher den Verdacht hegen, es ginge um des *Kaisers Bart* oder Dogmatismus.

Die Verfasser der *Politischen Thesen* arbeiten an keiner Stelle heraus, welche Differenzen sie mit der Leninschen Imperialismustheorie, welche Bedeutung und Konsequenzen ihre Einschätzungen für die Partei haben. Im Gegenteil – es wird kaschiert. Darf man sich noch auf Lenin berufen? Ja, man muss, aber man muss ihn wenigstens relativieren: „Die Theorien von Marx, Engels, Lenin und anderer Denker des wissenschaftlichen Sozialismus wie Luxemburg und Gramsci lassen uns vieles begreifen ...“ Darf die DKP noch Partei der Arbeiterklasse werden wollen? Ja, aber nicht DIE Partei: „Die DKP ist als marxistische Partei der Arbeiterklasse eine Klassenpartei ...“ EINE – was für eine raffinierte Formulierung. „Partei DER Arbeiterklasse ... EINE Klassenpartei ...“ – man denke nicht, dass das spitzfindig ist. Man lese genau und wird finden,

dass es eine Fülle solcher Formulierungen gibt, die Gewohntes aufgreifen und *bloß knapp dran vorbei* zu sein scheinen, während es sich um die Revision von Wesentlichem handelt.

Es ist oft von *fairer und offener Diskussion* die Rede. Fair und offen wäre zu sagen: Hier und dort und da halten wir für falsch, was die Partei bisher für richtig gehalten hat, und wir wollen, dass dies aufgegeben wird. Wenn das nicht getan wird, entsteht Verwirrung. Dann dreht sich ein Gutteil der Diskussion darum, dass die einen sagen *Das haben wir doch garnicht gesagt* (nämlich nicht offen), während die anderen behaupten, das sei sehr wohl gesagt worden (nämlich versteckt) – und die nur mitlesenden Genossinnen und Genossen zweifeln an dem einen wie dem anderen.

Für eine faire und offene Diskussion müssten z. B. zwei einfache Fragen klar beantwortet werden:

1. Steht Ihr noch zur Leninschen Imperialismustheorie oder nicht? Was haben die neuen Modifikationen im Verhältnis zu ihr zu bedeuten?
2. Strebt Ihr an, dass die DKP zu DER Partei der Arbeiterklasse wird, oder ist die kommunistische Hegemonie in der Arbeiterbewegung, der herzustellenden Aktionseinheit und Bündnispolitik nicht mehr unabdingbar für die Revolution?

Warum wird die Diskussion nicht offen geführt?

Meine vorläufige Antwort darauf ist: weil der inhaltliche Bruch so groß ist, dass der Großteil der Genossinnen und Genossen ihn nicht mitmachen würde. Deshalb muss die Revision vorsichtig betrieben werden, schrittweise, verdeckt. Die *Politischen Thesen* z. B. waren zu schnell geschossen. Sie haben unentschiedene Genossinnen und Genossen aufgeschreckt. Sie haben die Revision nicht befördert, sondern den Widerstand gegen sie versteift. Sie sind zum Rohrkrepierer geworden.

Diejenigen, die meinen, man müsse Lenin *überwinden*, sollten das endlich offen sagen. Schattengefechte sind Gift, das die Partei lähmt und verwirrt. Lasst uns reden, worüber geredet werden muss, mit offenem Visier, konzentriert auf den Kern der Differenzen. Erst dann kann man mit Recht von einer fairen und offenen Diskussion sprechen. Die brauchen wir, wenn wir die Partei erhalten und wieder stärken wollen.

Beispiel: Ein Artikel in der UZ

In der UZ vom 29. 10. 2010 stand ein ganzseitiger Artikel des Genossen Herbert Steeg, in dem die Theorie von der allgemeinen Krise des Kapitalismus verworfen wird. Völlig unzutreffend wird diese als Unterkonsumtions-Theorie charakterisiert. Es ist hier nicht der Platz, sich damit auseinanderzusetzen [3]. Aber die Funktion des Textes im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Parteidiskussion ist interessant.

Was immer sich Genosse Steeg bei diesem Text gedacht haben mag – verwendet wird er für einen Angriff auf Lenin. Die Theorie der allgemeinen Krise ist nämlich ohne die Leninsche

Imperialismustheorie undenkbar. Sie ist aus ihr abgeleitet. Aber es ist nicht Lenin, der angegriffen wird, sondern Eugen Varga, der ein profilierter Vertreter der These von der allgemeinen Krise war. Und als ihre modernen Vertreter werden ausgerechnet die MLPD und die Kommunistische Initiative auf Korn genommen – aber die angeblichen Dogmatiker in der DKP sind gemeint.

Das scheint mir typisch zu sein für die Art, wie die Auseinandersetzung geführt wird. Man schlägt zwei Sektierer-vereine und meint den leninistischen Flügel der DKP. Man schlägt Varga und meint Lenin. Man muss anscheinend wieder lernen, zwischen den Zeilen zu lesen. Das ist nicht offene und faire Diskussion, sondern byzantinisches Schatzenfechten.

Not tut die Überprüfung und Weiterentwicklung der Krisentheorie im Licht der Entwicklung der letzten 20 Jahre. Als einen letzten originären Beitrag unserer Partei in dem Zusammenhang kann man die Analysen zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ansehen. Das war vor jetzt drei Jahrzehnten. Stattdessen wird erörtert, dass Marx und Engels

nicht Varga vorweggenommen haben und was ein vom Genossen Steeg „zu Ende gedachter“ Kautsky damit zu tun haben könnte. Anstatt konkreter Analyse der aktuellen Entwicklung wird Zitatensklauerei betrieben – um witzigerweise gleichzeitig denjenigen Dogmatismus vorzuwerfen, die an der Theorie von der allgemeinen Krise festhalten – und diese MLPD und KI zu nennen, die ansonsten in den innerparteilichen Diskussionen keinerlei Rolle spielen. Und die Theorie der allgemeinen Krise, die vom Genossen Steeg verworfen wird, fungiert im Zusammenhang der Parteidiskussion selbst nur als Stellvertreter. Gemeint ist die Leninsche Imperialismustheorie.

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Robert Steigerwald, DKP-Meinungsstreit, in scharf-links.de, 2. 11. 2010
- [2] Politische These, Kapitel 5, These 2, Abs. 4
- [3] s. dazu Hans-Peter Brenner, Ära des Übergangs, Zur These der „allgemeine Krise“ des Kapitalismus, jW 12. 1. 2011



Nachstehender Aufsatz wurde vor 40 Jahren anlässlich der westdeutschen Erstaufführung von Brechts „Die Tage der Commune“ für das Programmheft der Württembergischen Staatstheater Stuttgart 1970 geschrieben. Seine Argumentationsrichtung ist aktueller denn je, bemerkenswert auch, was damals in einer staatlichen Institution eines CDU-regierten Landes gesagt werden konnte.

Hans Heinz Holz

DIE LEHREN DER COMMUNE

Die Pariser Commune war die Antwort der Arbeiterklasse auf die Unfähigkeit der Bourgeoisie, Frankreich in der Krise zu regieren, es aus der Krise herauszuführen. Das Abenteuer des Bonapartismus, das die Klassenwidersprüche in der Zeit des Übergangs zum Hochkapitalismus durch Diktatur nach innen und durch eine expansive nationale Großmachtspolitik nach außen verdeckt hatte, war in den Niederlagen von Metz und Sedan zu Ende gegangen. Frankreichs Großbürgertum setzte auf die Spekulanten der 3. Republik und musste an die monarchistischen Traditionen der rückständigsten Agrarprovinzen appellieren, um sich eine Basis für seine Machtausübung zu verschaffen. In der innerhalb von acht Tagen nach

der Kapitulation vom 28. Januar 1871 zu wählenden Nationalversammlung dominierten die royalistischen Grundbesitzer – ein Beispiel perfekter Manipulation der Demokratie, auf das Karl Marx sogleich in seiner Analyse des Bürgerkriegs in Frankreich aufmerksam machte: „Damals war über ein Drittel des Landes in den Händen des Feindes, die Hauptstadt war von den Provinzen abgeschnitten, alle Verkehrsmittel waren in Unordnung. Es war unmöglich, unter solchen Umständen eine wirkliche Vertretung Frankreichs zu erwählen, wenn nicht volle Zeit zur Vorbereitung gegeben wurde. Gerade deshalb gelang die Kapitulation, dass eine Nationalversammlung innerhalb von acht Tagen zu wählen sei, so dass in

manchen Teilen Frankreichs die Nachricht von der vorzunehmenden Wahl erst den Tag vorher ankam.“ Thiers, als Repräsentant der Finanz- und Industriekreise republikanischer Ministerpräsident geworden, stützte sich nun auf ein ausgewogenes Gegeneinander und Zusammenspiel der bourbonistischen Agrarier und der bonapartistischen Militärs, denen durch die von Bismarck gewährte vorzeitige Entlassung der Kriegsgefangenen ein einsatzfähiges Instrument zurückgegeben war.

Im Augenblick des Zusammenbruchs der napoleonischen Herrschaft hatten die Arbeiter und Kleinbürger von Paris, organisiert und bewaffnet in der Miliztruppe der Nationalgarden, am 4. September 1870 die Republik aus-



gerufen und den Widerstand gegen die preußischen Armeen als einen Volkskrieg fortgesetzt. Die provisorische Regierung, die sich als Kabinett der nationalen Verteidigung ausgab, aber insgeheim bereits auf die Kapitulation hinarbeitete, wurde von ihnen akzeptiert, bis der Ministerpräsident, gestützt auf das Scheinparlament, durch einen nächtlichen Handstreich die Nationalgarden zu entwaffnen versuchte. Der Überfall wurde zurückgewiesen, und die empörten Citoyens von Paris proklamierten die Commune als die erste nach den Prinzipien der Selbstverwaltung organisierte Gesellschaft. Im Manifest des Zentralkomitees der Nationalgarden vom 18. März 1871 heißt es: „Die Proletarier von Paris, inmitten der Niederlagen und des Verrats der herrschenden Klassen, haben begriffen, dass die Stunde geschlagen hat, wo sie die Lage retten müssen, dadurch, dass sie die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten in ihre eigenen Hände nehmen.“ Marx kommentiert: „Aber die Arbeiterklasse kann nicht die fertige Staatsmaschinerie einfach in Besitz nehmen und diese für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen.“

Das heißt: der nationale Abwehrkampf gegen den äußeren Feind war in einen Klassenkampf im Lande selbst umgeschlagen. Wollte das Volk die Selbstbestimmung verwirklichen, dann musste die Struktur des bourgeois Staats, des Herrschaftsapparats der Besitzenden, zerschlagen werden. Primär gefordert waren die Transparenz der Verwaltung und die Beseitigung der Korruption. Darum wurde die Entlohnung für jede Art öffentlichen Dienstes dem Arbeiterlohn angeglichen und die in den Bezirken nach allgemeinem Stimmrecht gewählten Stadträte der direkten Verantwortung gegenüber ihren Wählern unterstellt, von denen sie jederzeit abgesetzt werden konnten. Die Commune „war wesentlich eine Regierung der Arbeiterklasse, das Resultat des Kampfes der hervorbringenden gegen die aneignende Klasse, die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte. Die politische Herrschaft des Produzenten kann nicht bestehen neben der Verewigung seiner gesellschaftlichen Knechtschaft. Die Commune sollte daher als Hebel dienen, um die ökonomischen Grundlagen umzustürzen, auf denen der Bestand der Klassen und damit der Klassenherrschaft ruht“ (Marx).

Die Herstellung der unmittelbaren politischen Demokratie musste einhergehen mit der Aufhebung der wirtschaftlichen Macht, die jede politische Entscheidung würde präjudizieren können. Mit der Einführung der Kommunalverfassung in Paris war darum der Klassenkampf in ein revolutionäres Stadium eingetreten. Niemand erkannte das besser als die bisherigen Inhaber der wirtschaftlichen Macht. Thiers als ihr Sprecher und Exekutor hatte schon seit der Ausrufung der Republik im September 1870 nicht mehr die deutsche Invasion, sondern die eigenen Arbeiter als den Hauptfeind betrachtet. Vom 18. März 1871 an war sein ganzes Streben auf die Niederwerfung der Communarden gerichtet. Die Bitte um die vorzeitige Entlassung der Kriegsgefangenen, zuvor schon das von Bismarck abgeschlagene Ersuchen um den Einsatz preußischer Truppen gegen die Nationalgarden, die sich streng an die Waffenstillstandsbedingungen hielten, hatten die gewaltsame Beseitigung der Commune zum Ziel.

Dass die herrschenden Klassen jeden Umsturz mit brutaler Gewalt bekämpfen, ist eine historische Erfahrung, die den französischen Arbeitern noch von der blutigen Unterdrückung der Junirevolution 1848 hätte gegenwärtig sein sollen. Der Handstreich gegen die Nationalgarde hätte sie über den wahren Charakter der Regierung Thiers belehren müssen. Wer die Machtverhältnisse im Staate verändern will, muss auch bereit sein, Macht anzuwenden; er darf nicht warten, bis der Gegner seine Kräfte wieder gesammelt hat, um sie aufs Neue ins Feld zu führen. Die Communarden ließen Thiers vor den Toren von Paris in Versailles residieren, ließen ihm einen Monat Zeit, Truppen zusammenzuziehen und die Stadt einzukesseln. Sie versäumten es, den Ring zu durchbrechen und die Revolution ins Land zu tragen, sie versäumten, gleich in der ersten Stunde Thiers in Versailles auszuheben und so die Reaktion ihrer Spitze zu berauben. Sie ließen in der Stadt ihre Gegner ungeschoren, Brüderlichkeit stellten sie über Wachsamkeit; als ihr Zorn, durch die Gräueltaten der Belagerer entfacht, in Gewalt umschlug, war es zu spät. Mit Recht tadelte Lenin den fehlenden Realismus der Communarden: „Zwei Fehler machten jedoch die Früchte des glänzenden Sieges zunichte. Das Proletariat blieb auf halbem Wege stehen: statt zur Expropriation der

Expropriateure zu schreiten, gab es sich Träumen darüber hin, dass sich in dem durch die gesamt-nationale Aufgabe geeigneten Lande die höchste Gerechtigkeit niederlassen werde. Solche Einrichtungen wie zum Beispiel die Bank wurden nicht in Besitz genommen, unter den Sozialisten herrschten noch die proudhonistischen Theorien des gerechten Austauschs usw. Der zweite Fehler war die übermäßige Großmut des Proletariats: es hätte seine Feinde vernichten müssen, statt dessen aber bemühte es sich, sie moralisch zu beeinflussen; es ließ die Bedeutung rein militärischer Aktionen im Bürgerkrieg außer Acht, und statt seinen Pariser Sieg durch einen entschlossenen Angriff auf Versailles zu krönen, zögerte es und gab der Versailler Regierung Zeit, die finsternen Mächte zu sammeln und zur blutigen Maiwoche zu rüsten.“ Wer Gewaltanwendung gewärtigen muss, kommt nicht umhin, sich auch der Gewalt zu bedienen.“

Die reine Moral der Gewaltlosigkeit ist die Schutzideologie des Bürgers, der den Umsturz fürchtet; er vergisst sie rasch genug, wenn es um die Durchsetzung seiner Interessen gegen andere, um die Verteidigung seines Besitzes geht. 30.000 Männer, Frauen und Kinder wurden von den Soldaten MacMahons bei der Niederwerfung der Commune niedergemetzelt – Opfer eben jener Bürger, die die Gewalt zu verdammen pflegen. Solange der Mensch des Menschen Wolf ist, bedeutet der Verzicht auf Gewalt zugleich Unterwerfung.

Die Pariser Commune war der erste Versuch, eine sozialistische Gesellschaft zu errichten, in der der Mensch des Menschen Genosse ist. Doch die Vermenschlichung des Menschen ist kein bloß moralischer, sondern primär ein politischer Prozess, der der machtvollen Organisation bedarf, um die Widerstände des Bestehenden zu überwinden, um sich gegen die Feinde behaupten zu können; selbst auf die Gefahr hin, dass in der Organisation die Reinheit des Wollens und der Mittel nicht ungetrübt erhalten bleiben kann. Die Freiheit wird nicht aus unbefleckter Empfängnis geboren.



Wir dokumentieren nachfolgend einen Leserbrief von Hans-Peter Brenner an das Internet-Portal kommunisten.de. Die Redaktion von kommunisten.de sah sich bis heute – 11. März 2011 – nicht in der Lage, diesen Leserbrief zu veröffentlichen. Hans-Peter Brenner hat seinen Text T&P freundlicherweise zur Veröffentlichung überlassen.

Der Leserbrief bezieht sich auf eine Debatte, die in der Zeitung junge Welt mit einem Artikel von Kurt Pätzold begonnen wurde, gefolgt von einem Beitrag von Hans Heinz Holz, wiederum gefolgt von einer Replik von Nina Hager, Hans-Peter Brenner und Robert Steigerwald. Inhaltlich geht es dabei um die Frage von Moralität und Historizität in der aktuellen Kommunismus-Diskussion. Diese Diskussion wurde von kommunisten.de mit einem Verriss des Artikels von Hans Heinz Holz durch Heribert Thomalla am 9. Februar 2011 fortgesetzt. Auf diesen Text von Thomalla bezieht sich der Leserbrief von Hans-Peter Brenner

Eine „antimarxistische Apologie“ ist etwas sachlich und politisch völlig anderes als ein „fataler Irrtum“ (oder Irrtümer).

Fritz Dittmar

LESERBRIEF ZU „MACHT UND MORAL“

Antwort auf Nina Hager, Hans-Peter Brenner und Robert Steigerwald

Der folgende Leserbrief bezieht sich auf eine Debatte in der jungen Welt. Hans Heinz Holz hatte als Anmerkungen zur aktuellen Kommunismusdebatte über die Begriffsverwirrung von Moralität und Historizität reflektiert [1] und wurde deshalb von Nina Hager, Hans-Peter Brenner und Robert Steigerwald scharf kritisiert. Wir dokumentieren Auszüge aus einem Leserbrief von Fritz Dittmar an T&P, in dem er seinerseits die Argumentation von Nina Hager, Hans-Peter Brenner und Robert Steigerwald unter die Lupe nimmt.

Im Rahmen der *Kommunismus*-Debatte in der jungen Welt hat Hans Heinz Holz als Antwort auf Kurt Pätzold den in historischem Sinn vernunftgemäßen Cha-

Ich möchte mich, ähnlich wie Patrik Köbele, von der Art Verriss des Artikels von Genossen Hans Heinz Holz distanzieren, die von kommunisten.de veröffentlicht wurde. Dieser Kommentar-Titel entwertet auch diejenigen Argumente des Beitrags, denen ich inhaltlich zustimmen bzw. die ich nachvollziehen kann.

In unserer (Nina Hager, Robert Steigerwald und ich) Kritik an den „fatalen Irrtümern“ von Hans Heinz Holz gehen wir von der Notwendigkeit eines sachlichen Klärungsprozesses aus und nicht von einem inquisitorischen Verdammungsurteil, das jede Diskussion unmöglich macht und erübrigt. Dieser Stil wird weder der Sache noch der Person des herausragenden marxistischen Wissenschaftlers und Kommunisten Hans Heinz Holz gerecht. Ihn mit dem Verdiktum „antimarxistisch“ zu belegen, ist ein absoluter Irrsinn.

Ich hatte die Verantwortlichen von kommunisten.de in der Nacht vor der Veröffentlichung, als ich ihn als Vorabinformation erhielt, dringend gebeten, diesen Artikel so nicht zu publizieren.

Es geht aber auch noch um etwas anderes: kommunisten.de ist ein Nachrichtenportal der DKP. Es reagiert in vielen Dingen gut, schnell und professionell – z. B. in der Ägypten-Berichterstattung. In diesem Tempo kann das unsere Wochenzeitung – die uz – nicht. Das Nachrichtenportal kann und darf aber nicht praktisch die Rolle des Zentralorgans der DKP – der uz – ersetzen wollen.

Dessen Aufgabe ist es, unter der Verantwortung der vom Parteivorstand ausgewählten Redaktion, in solchen politischen Grundsatzfragen einen vernünftigen und sachlichen Diskussions- und Klärungsprozess zu organisieren. Dazu haben die „Macher“ von kommunisten.de, die im Einzelnen nicht einmal alle dem verantwortlichen Führungsgremium, dem Parteivorstand, bekannt – geschweige von ihm berufen – sind, nicht das Mandat. Hier bedarf es einer klaren Regelung.

Mit kommunistischem Gruß!

*Dr. Hans-Peter Brenner
Mitglied des Parteivorstands*

rakter der Sowjetunion zwischen 1917 und 1956 verteidigt.

Über diesen Artikel von Holz zeigen sich die AutorInnen in bester „Gutmenschen“-Art „betroffen“ und „fühlen sich zum Widerspruch verpflichtet“. (...)

In den Punkten 2 und 3 gehen die AutorInnen auf die Frage ein, welche Bedeutung die Anwendung von Gewalt im revolutionären Prozess hat oder haben muss. Hier erkennen sie an, dass das arbeitende Volk bis heute (auch in der Zukunft?) ohne Gewalt in keiner Revolution hätte siegen können.

Dann gehen sie aber sofort wieder zu einem ganz anderen Thema über: dass nämlich die Organisation der Arbeiter noch wichtiger sei als die revolutionäre Gewalt. (...)

Zur Diskussion steht (...) *nicht der Stellenwert* der revolutionären Gewalt, *sondern deren Verhältnis zu Ethik und Moral* der Arbeiterklasse. Hierzu nehmen sie erst im letzten Satz mit einer rhetorischen Frage Stellung: „Folgt die Macht (müsste heißen: die Anwendung revolutionärer Gewalt) keiner *Moral* und keiner *Gesetzlichkeit*?“

Wie müsste denn eine solche Moral beschaffen sein, die den Revolutionären in ihrem Handeln einen verbindlichen Rahmen vorgibt? Hier halten sich die AutorInnen bedeckt. Sie zitieren Fidel Castro, der neben dem bei Marx und Lenin Gelernten auch auf die Wurzeln seiner Ethik bei José Martí und im Christentum (!) verweist. Hierzu kann ich mir nicht die Anmerkung versagen,



dass glücklicherweise weder die kubanische Revolution 1959 noch der Kampf gegen die US-Söldner in der Schweinebucht 1961 nach dem Prinzip erfolgten: „Liebet eure Feinde! Tut wohl denen, die euch hassen!“

Spitzt man die Frage zu, müsste sie so lauten: Gibt es Schranken für das revolutionäre Handeln, die selbst dann beachtet werden müssen, wenn daraus die Niederlage folgt? Die AutorInnen bejahen das: „Ja, ... die Grenzen revolutionärer „Notwendigkeit“ gelten auch bei der Verteidigung revolutionärer Erregenschaften.“ Abstrakt ist diese Diskussion eher unergiebig.

Deshalb ein historisches Beispiel: 1942, während des faschistischen Vormarschs auf Stalingrad, hat die sowjetische Führung *unzuverlässige Völker*, zum Beispiel die deutschen Sowjetbürger, hinter den Ural umgesiedelt. Diese Maßnahme hat Chruschtschow auf dem 20. Parteitag Stalin als Verbrechen vorgehalten, um dessen Andenken zu zerstören.

Selbstverständlich schloss die Maßnahme individuelles Unrecht ein, loyale Bürger waren ebenso betroffen wie feindlich eingestellte. Die konkrete Alternative wäre aber gewesen, dass viele der von dieser Maßnahme Betroffenen sonst der Roten Armee in der Uniform des Feindes gegenübergestanden hätten, so wie viele deutsche Sowjetbürger aus den Gebieten, die 1941 besetzt wurden. Folgt man der Position der Au-

torInnen, müsste man zu diesem Problem sagen: Und wenn schon, Hauptsache bleibt, dass der Staat kein Unrecht begeht. Dagegen denke ich, niemand, der die Zerschlagung des Faschismus begrüßt, kann vertreten, dass das Volk der Sowjetunion dafür noch größere Opfer hätte bringen müssen, um den moralischen Ansprüchen des Betrachters zu genügen. Für mich zeigt dieses Beispiel eines: Im Kampf auf Leben und Tod können Recht und Gesetz nicht alles sein. „Fiat justitia, pereat mundus“ (möge Gerechtigkeit geschehen, und wenn die Welt – oder der Sozialismus – zugrunde geht) kann kein Prinzip kommunistischer Moral sein!

Insbesondere die Frage der AutorInnen nach der Einhaltung von Gesetzlichkeit erinnert mich doch sehr an die Bahnsteigkarten, die deutsche Revolutionäre nach Lenins Meinung kaufen, ehe sie einen Bahnhof besetzen.

Nun mögen die AutorInnen einwenden, ihnen ginge es um die Einhaltung der *sozialistischen* Gesetzlichkeit. Aber auch im Sozialismus ist das Recht nichts Heiliges, sondern *der in Gesetze gegossene Wille* der herrschenden Klasse (Kommunistisches Manifest), hier also des Proletariats. Ändern sich die Umstände, so ändert man die Gesetze, wenn die Zeitläufe ruhig sind und man die Zeit hat. Steht aber der Feind im Zentrum des Landes, schickt man die Gruppen, auf die man sich nicht verlassen kann, weiter ins Hinterland. Ob man

vorher durch Gesetz das Recht auf freie Wahl des Aufenthaltsorts einschränkt, oder ob man einfach anordnet, ist in der gegebenen Situation sekundär. Hauptsache man handelt!

Nun könnte man einwenden, ich wolle das Unrecht verharmlosen, indem ich ein weniger schwerwiegendes und vielleicht sogar nachvollziehbares Beispiel von Stalins Rechtsverletzungen gewählt habe. Aber erstens sind die Vorwürfe gegen den *Stalinismus* so allgemein gehalten, dass man sie auch an einem solchen Beispiel auf Stichhaltigkeit überprüfen kann.

Zweitens gehörte diese Maßnahme als wichtiges Beispiel in Chruschtschows Geheimrede, und ich wüsste nicht, dass außer den *unverbesserlichen Stalinisten* andere Kommunisten hier Chruschtschows Demagogie verurteilt hätten. Was andere, gewichtigere Rechtsverletzungen betrifft, so wären hier ebenfalls die Aspekte von Notwendigkeit zu untersuchen und abzuwägen. Mit einer pauschalen Forderung nach „Einhaltung der Grenzen“ wie bei den AutorInnen ist hierbei nichts gewonnen. (...)

Quellen und Anmerkungen:

- [1] Hans Heinz Holz, Dialektik der Vernunft, in Junge Welt 2. 2. 2011
- [2] Nina Hager, Hans-Peter Brenner und Robert Steigerwald, Macht und Moral, in Junge Welt, 14. 2. 2011

LITERATURTIPP

Klaus Steiniger

PORTUGAL IM APRIL – CHRONIST DER NELKENREVOLUTION*

Unser Redaktionsmitglied Hans-Günter Szalkiewicz führte mit dem ehemaligen Auslandskorrespondenten des Zentralorgans der SED „Neues Deutschland“ und heutigen Chefredakteur der Monatszeitschrift „Rotfuchs“, Dr. Klaus Steiniger, folgendes Interview über sein neues Buch.

Die Reportagen Egon Erwin Kischs und John Reeds lassen historische Ereignisse miterleben. Dir gelingt das mit „Portugal im April“. Was war das für eine Revolution, deren Chronik Du erneut vorlegst?

Die Portugiesische Revolution (1974 bis Frühjahr 1976) war der bisher weitreichendste antikapitalistische Vorstoß in Westeuropa. Weder die nur auf eine Stadt beschränkte Pariser Commune noch das Spanien der Volksfront-Periode (1936–1939) oder der heldenhafte Kampf der griechischen ELAS/Volks-

armee führten zu einer so tiefgehenden Umwälzung der gesellschaftlichen Verhältnisse wie Portugals Nelkenrevolution. Ab März 1975 wurden 245 inländische Konzerne, Banken und Versicherungen nationalisiert, die Arbeiterkontrolle in zahlreichen weiteren Betrieben eingeführt und die Güter der Latifundisten in Portugals Südprominz Alentejo sowie Teilen des Ribatejo schlagartig durch das Landproletariat besetzt. Auf 1,2 Millionen Hektar entstanden dort 550 Kollektive Produktionseinheiten (UCP).

Es handelte sich um eine bürgerlich-demokratische Revolution, die auf einen antifaschistischen Befreiungsaufstand von Teilen der Armee und des Volkes folgte und sich bis an die Grenzen des Hinüberwachsens in eine sozialistische Revolution entfaltete. Obwohl die von der Portugiesischen Kommunistischen Partei (PCP) geführten Massen auch in Entscheidungszentren verlässliche Bundesgenossen wie den marxistischen Ministerpräsidenten General Vasco Gonçalves besaßen, vermochten sie die Machtfrage nicht zu ihren Gunsten zu entscheiden. Im Rücken des NATO-Mitbegründerstaats Portugal lag Franco-Spanien, vor der Küste kreuzte die 6. Flotte des Pentagon, der Norden und das Zentrum des Landes blieben überwiegend weiß, die Hilfsmöglichkeiten der geographisch entfernten sozialistischen Staaten waren eingeschränkt und nur zum Teil erschließbar.

Als Berichterstatter des SED-Zentralorgans „Neues Deutschland“ warst Du gegenüber den portugiesischen Akteuren der Revolution mehr als ein Reporter. Du hast Genossen und Freunde gefunden ...

Ich war in der Tat nicht nur Chronist, sondern auch Beteiligter an der Nelkenrevolution. Fünf Jahre habe ich an der Seite der portugiesischen Genossen am Kampf unmittelbar teilgenommen. General Gonçalves, von dem ich rund 120 handschriftliche Briefe besitze, in dessen Haus ich 1988 vier Wochen lebte und den ich auf mehreren Reisen durch die DDR begleitete, war ebenso mein enger persönlicher Freund wie der Direktor des Parteiorgans „Avante!“, António Dias Lourenço, der sich 17 Jahre in faschistischer Haft befand. Mein Zugang zum legendären PCP-Generalsekretär Álvaro Cunhal, mit

dem ich bereits Mitte Mai 1974 in einer noch geheim gehaltenen Wohnung das erste Mal zusammentraf, war ebenfalls durchaus direkt.

Zu dem, was bei der Nelkenrevolution besonders beeindruckt, gehört die Tatsache, dass sie unter Bedingungen begann, die keine revolutionäre Situation vermuten ließen. Wie erklärst Du das?

Auf der ersten Pressekonferenz Cunhals, der zu dieser Zeit Minister in einer Koalitionsregierung unter Einschluss der Kommunisten war, sagte er: „Wenn man Euch noch vor vier Wochen gefragt hätte, wo in nächster Zeit eine Revolution beginnt, hättet Ihr mit Gewissheit nicht auf Portugal getippt, das seit 48 Jahren eine faschistische Diktatur war. Aber die Geschichte verläuft irregulär und hält immer Überraschungen bereit.“

Ein auslösender Faktor der Portugiesischen Revolution war ohne Zweifel die Erosion des Regimes aufgrund der sieg- und sinnlosen, die Kräfte des kleinen iberischen Landes verzehrenden Kolonialkriege in Angola, Moçambique und Guinea-Bissau.

Wie war es möglich, dass sich die PCP zu einer so einflussreichen politischen Kraft entwickeln konnte?

Die PCP war die einzige Partei Portugals, die den Faschismus – im Unterschied zur schon sehr früh aufgebenden Sozialdemokratie – intakt überstand. Sie besaß in Cunhal einen überragenden Strategen und Taktiker, verfügte über eine gestählte kollektive Führung (hinter den 36 ZK-Mitgliedern lagen 308 Haftjahre!) und ließ sich stets von einem verlässlichen Kompass – dem Marxismus-Leninismus – leiten. Im April und Mai 1974 hatte sie nur etwa 3000 Mitglieder, die aus der Illegalität, den Zuchthäusern und der Emigration kamen. Sie wuchs bei damals zehn Millionen Landesbürgern binnen zweier Jahre auf 200.000 Genossinnen und Genossen an. Die PCP, die in der führenden Gewerkschaftszentrale CGTP-Intersindical nach wie vor über großen Einfluss verfügt, kann sich heute auf 70.000 Parteimitglieder stützen.

Als Chronist der Revolution sahst Du Dich auch der sie stets begleitenden und schließlich zu Fall bringenden Konterrevolution gegenüber ...

Die mit Milliardenaufwand geschaffene Fronde aus Parteien der Sozialistischen Internationale mit der SPD an der Spitze, dem gesamten politischen Spektrum der europäischen Reaktion, sämtlichen imperialistischen Geheimdiensten und ultralinken Provokateuren, die sich gegen die Revolution wandten, wurde vom USA-Botschafter in Lissabon namens Frank Carlucci angeführt. Nach Erfüllung seiner Mission in Portugal machte ihn Washington ohne jeden Übergang zum stellvertretenden Direktor der CIA.

Ich habe die Konterrevolution jahrelang hautnah erlebt. Im „heißen Sommer“ 1975 war ich wiederholt in vom weißen Mob umzingelten PCP-Parteihäusern im Norden des Landes und drang später bis in die Zentren faschistoider Bombenwerfer auf den Azoren sowie in die Kabinettsräume des extrem rechtsgerichteten Regierungschefs von Madeira vor, der gerade feierlich gelobt hatte, niemals einen Reporter aus dem „Sowjetblock“ zu empfangen.

Die PCP gehört heute zu jenen wenigen kommunistischen Parteien Europas, welche in der Arbeiterklasse verankert sind und gesellschaftlichen Einfluss besitzen. Wo siehst Du die Ursachen dafür?

Die PCP hat ihre Prinzipien stets hochgehalten und ist auch unter den schwierigsten Bedingungen nicht schwankend geworden. Obwohl in der Versammlung der Republik und im Europaparlament durch etliche Abgeordnete vertreten, hat sie weder nach Regierungsbeteiligungen auf der Basis fauler Kompromisse geschickt noch des eigenen Vorteils wegen würdelose Zugeständnisse an andere gemacht. Das drückt sich auch in ihrer äußerst kritischen Haltung gegenüber der von Opportunisten dominierten Europäischen Linkspartei und ihrem konsequenten Nein zur EU – dem Europa der Monopole – aus. Die PCP ist keine jener Schönwetterparteien, die den Marxismus-Leninismus aus taktischen Gründen über Bord zu werfen bereit waren und sind. Dabei werden die portugiesischen Kommunisten von großen Teilen der Arbeiterklasse als deren Avantgarde betrachtet.

* Klaus Steininger, „Portugal im April – Chronist der Nelkenrevolution“, Verlag Wiljo Heinen, Franz-Mehring-Platz 1, 10242 Berlin, 14 Euro

WIE MUSS SICH DIE DKP VERÄNDERN?

In dieser Rubrik wollen wir notwendige Überlegungen zur Taktik unserer Partei, aber auch über strategische Orientierungen anstellen. Es soll dabei um die konkrete Kleinarbeit vor Ort gehen, im Betrieb oder der Kommune, im Bündnis oder als eigenständige Aktion. Die inhaltliche Klammer bildet die Überlegung, wie sich die DKP politisch-ideologisch stärken kann und dabei neue Genossinnen und Genossen gewinnt.

Wir brauchen eine Debatte darum, wie wir uns als Kommunistische Partei stärken können, d. h. wo unsere konkrete Zielgruppe innerhalb der Klasse ist und wie wir uns als Partei aufstellen müssen.

Männer Gruß

DER BERLINER VOLKSENTSCHEID „UNSER WASSER“ ... UND DIE HALTUNG DER KOMMUNISTEN ZU VOLKSENTSCHEIDEN

Am 13. Februar gelang in Berlin, was viele bis zuletzt für unmöglich hielten: Über 25 % der wahlberechtigten Berlinerinnen und Berliner (über 665.000) stimmten für das Volksgesetz „Schluss mit Geheimverträgen – Wir Berliner wollen unser Wasser zurück!“. Das Volksgesetz ist somit in Kraft getreten – das erste in der Geschichte Berlins. Der Berliner Senat ist durch diesen Volksentscheid nun gezwungen, alle Verträge, Beschlüsse und Nebenabreden bzgl. der Teilprivatisierung der Berliner Wasserbetriebe offenzulegen. Was nicht veröffentlicht wird, ist laut § 4 des Volksgesetzes unwirksam.

Der Kampf ums Berliner Wasser

Wie in anderen Städten und Gemeinden auch haben die Regierenden in Berlin über alle Parteigrenzen hinweg die Enteignung öffentlichen Eigentums – Privatisierung genannt – in den letzten zwei Jahrzehnten auf ihre Fahnen geschrieben. Der Teilverkauf der Berliner Wasserbetriebe (BWB) an die beiden Konzerne RWE und Veolia Wasser 1999 unter einem CDU/SPD-Senat ist eines dieser Projekte. Wie bei anderen Privatisierungen wurde dabei das Argument strapaziert, so seien die Schulden der Stadt abzubauen, eine Propaganda, die ins Reich der Märchen gehört. Die Schulden des Landes Berlins sind, seitdem die BWB unter faktischer Führung der beiden Konzerne stehen, weiter gestiegen. Und gleichzeitig sind die Was-

serpreise explodiert – allein zwischen 2001 und 2010 um über 35 % – was höhere Mietnebenkosten heißt. Die klassenmäßigen Auswirkungen liegen auf der Hand: Es sind vor allem Erwerbslose, Beschäftigte im Niedriglohnsektor und Familien mit Alleinverdienern, die von den steigenden Nebenkosten bei gleichzeitigen Mietsteigerungen und stagnierenden Löhnen betroffen sind und dadurch aus den Bezirken der Berliner Innenstadt vertrieben werden.

Eine wesentliche Ursache für diese Preisexplosion sind die vertraglich gesicherten Gewinngarantien für RWE und Veolia. Um nicht den öffentlichen Haushalt für die festgelegten Profite zu strapazieren, wurde einfach kräftig an der Preisschraube gedreht. Faktisch führte die Teilprivatisierung der BWB zu einer Umverteilung auf Kosten der Berliner Bevölkerung.

Erfolgsrezept des Volksentscheids

Der erfolgreiche Volksentscheid ist das Ergebnis eines jahrelangen Kampfes. Hauptträger dieses Kampfes war und ist der Berliner Wassertisch. Bei ihm handelt es sich um ein Bündnis von Vertretern verschiedener Verbände wie der Grünen Liga oder attac, aber auch Einzelpersonen mit SPD- oder GRÜNEN-Parteibuch bzw. enttäuschte Ex-Mitglieder oder Karteileichen.

Der Erfolg des Berliner Wassertischs mit dem Volksentscheid ist vor allem auf vier Punkte zurückzuführen:

- Das Aufgreifen einer breiten Stimmung in der Bevölkerung gegen die Enteignung öffentlichen Eigentums am konkreten Beispiel BWB. Für breite Teile der Bevölkerung wurden die Profiteure von Privatisierungen und ihre Unterstützer in der Politik erkennbar.
- Ein konkreter Anknüpfungspunkt gegen die Teilprivatisierung der BWB war die klare Forderung nach einer bedingungslosen Veröffentlichung der Geheimverträge zwischen dem Land Berlin und den beiden Konzernen. Dadurch konnte insbesondere die Führung der Berliner LINKEN unter Druck gesetzt und große Teile ihrer Mitgliedschaft für den Volksentscheid gewonnen werden.
- Konsequentes Festhalten an den Forderungen, gleichwohl es auch innerhalb des Berliner Wassertischs immer wieder Versuche gab, sie zu unterlaufen.
- Die Kunst, über den Berliner Wassertisch hinaus einen Kreis von Unterstützerinnen und Unterstützern aufzubauen, der von den evangelischen Kirchen, über Kleingärtner- und Mietervereine bis hin zur DKP-Berlin reichte.

Die Phalanx der Volksentscheid-Gegner

Der erfolgreiche Volksentscheid ist ein Sieg im demokratischen Kampf gegen Privatisierung, dessen Ausstrahlungskraft weit über die Grenzen Berlins hinausreicht. Gleichzeitig brachte dieser Kampf aber auch zutage, in welchem Notstand sich die Demokratie befindet. Deutlich wurde nämlich, wenn es um die Interessen der Konzerne geht, werden von allen etablierten Parteien – inklusive der Berliner LINKEN – und den herrschenden Medien alle Register gezogen, um diese Interessen zu schützen. War es nach der Teilprivatisierung der BWB noch die damalige PDS, die gegen die Wasser-Geheimverträge klagte, gehörte zu ihren ersten Amtshandlungen als Regierungspartei in Bezug auf die BWB, das Wasser-Volksbegehren nach der ersten Stufe für unzulässig zu erklären. Erst vom Landesverfassungsgericht Berlin wurde dies aufgehoben.

Als diese repressiven Mittel ausgeschöpft waren, versuchte der SPD/LINKE-Senat, dem Berliner Wassertisch den Wind aus den Segeln zu nehmen, indem er nach Aussagen des Berliner Bürgermeisters Wowereit (SPD) „alle“ Wasserverträge veröffentlichte – eine glatte Lüge, wie sich jetzt herausstellte. Diese Flucht nach vorne wurde dann genutzt, um zu erklären, dass der Volksentscheid überflüssig sei, da ja alles offengelegt sei. Diese Strategie wurde im Kern von allen Parteien im Abgeordnetenhaus und den Medien aufgegriffen: Während die Parteien den Volksentscheid totschwiegen, stellten die Zeitungen von taz bis B.Z. den Volksentscheid an den Pranger, der 1,6 Mio. Euro verschlinge, aber keinen Sinn habe. Die politischen Eliten zeigten, dass sie bereit sind, Instrumente des bürgerlichen Parlamentarismus faktisch ad absurdum zu führen. Dass eine gesellschaftliche Mehrheit in Berlin all diesen politischen Manövern widerstand und in einen Lernprozess eintrat, ist das eigentlich Wesentliche des erfolgreichen Volksentscheids.

Kommunisten und Volksentscheide

Die DKP-Berlin hat den Wasser-Volksentscheid und die vorangegangenen zwei Volksentscheide von Beginn an unterstützt. Seitdem wird in der Landesor-

ganisation immer wieder diskutiert, in welchem prinzipiellen Verhältnis Kommunistinnen und Kommunisten zu Volksentscheiden stehen, die im Wesen nichts anderes sind als ein Instrument der bürgerlichen Demokratie.

Volksentscheide haben einen Doppelcharakter. Sie sind einerseits Instrumente zur Stabilisierung der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, indem sie integrierend wirken und von anderen Kampfformen ablenken. Sie können Illusionen bei den Kräften des Widerstands erzeugen, mit diesem Mittel seien Fragen zu lösen, die im staatsmonopolistischen Kapitalismus nicht lösbar sind. Sie können sogar, wie der Volksentscheid zum „Minarettverbot“ zeigt, ein Instrument sein, um demokratische Rechte anzugreifen. Sie können aber gleichzeitig ein geeignetes Mittel zur Mobilisierung breiter Bevölkerungsschichten sein, Gradmesser für den Bewusstseinsstand in Klassen und Schichten, die tendenziell für eine antimonopolistische Abwehrfront zu gewinnen sind. Deshalb ist die Frage, ob Volksentscheide zu unterstützen sind (oder sogar zu initiieren wie von der KPD in der Weimarer Republik), nicht im Abstrakten zu beantworten, sondern sie muss auf Grundlage der konkreten Kampfbedingungen beantwortet werden.

Eine Sackgasse ist dabei zu meinen, der Kampf um Reformen mit den Mitteln der bürgerlichen Demokratie sei grundsätzlich eine Kapitulation vor opportunistischen Kräften. Lenin schrieb hierzu: „Der ‚Kampf gegen den Opportunismus‘ in der Form, dass man auf die Ausnutzung der von der Bourgeoisie geschaffenen und von der Bourgeoisie zum Zerrbild gemachten demokratischen Einrichtungen in der gegebenen, kapitalistischen Gesellschaft verzichtet, ist gleichbedeutend mit der völligen Kapitulation vor dem Opportunismus!“ [1].

Lenin weist hier auf zwei entscheidende Punkte hin: Erstens die „Ausnutzung“ der demokratischen Einrichtungen und zweitens das „Zerrbild“, das die Bourgeoisie daraus macht (insbesondere im imperialistischen Stadium des Kapitalismus heute!). Es ist jeweils konkret zu klären, ob ein Volksentscheid entsprechend der politischen und ideologischen Kräfteverhältnisse im Klassenkampf das geeignete Mittel

zur MOBILISIERUNG von größeren Bevölkerungsteilen hin zu einer antimonopolistischen Front sein kann oder nicht.

Wahl der Kampfformen als taktische Frage im Klassenkampf

Während z. B. der Kampf gegen Privatisierung in Form des Wasser-Volksentscheids in Berlin dazu führte, opportunistische Kräfte in der Führung der Berliner Linken in die Enge zu treiben, verhielt es sich beim Kampf gegen Stuttgart 21 genau umgekehrt. Als die SPD hier – auf dem Höhepunkt der Proteste – mit der Forderung auftrat, einen Volksentscheid bzw. ein Bürgerbegehren durchzuführen, war das Ziel offensichtlich: DEMOBILISIERUNG der Stuttgarter Bevölkerung im Kampf gegen S21. Die Schlussfolgerung: Ein Volksentscheid (in dieser konkreten Situation!) muss abgelehnt werden [2].

Diese Flexibilität bei der Wahl von Kampfformen ist ein notwendiger Schritt bei der Formierung der DKP – vom Durchbrechen von Polizeiketten, zur Errichtung antifaschistischer Blockaden in Dresden, bis hin zur Unterstützung des Wasser-Volksentscheids in Berlin. Voraussetzung für ein taktisches Herangehen an Kampfformen ist allerdings das eigenständige Auftreten der DKP, was wiederum die Notwendigkeit einer kontinuierlichen ideologischen Bildungsarbeit unter der Mitgliedschaft erfordert. Denn auch hier behält Lenin Recht: Keine revolutionäre Bewegung ohne revolutionäre Theorie. Die DKP-Berlin nimmt für sich sicherlich nicht in Anspruch, diesem Grundsatz zufriedenstellend gerecht zu werden. Sie hat sich aber an die Arbeit gemacht.

Quellen und Anmerkungen:

[1] Antwort an P. Kijewski (J. Pjatakow), August/September 1916, Werke Bd. 23, S. 15

[2] Um Missverständnissen vorzubeugen: Der Autor will auch in Bezug auf die S21-Proteste nicht behaupten, dass Volksbegehren hier grundsätzlich abzulehnen sind. Es ging hier um die konkrete Situation im September letzten Jahres. Siehe hierzu: <http://www.stern.de/politik/deutschland/volksentscheid-zu-stuttgart-21-der-grosse-bluff-der-spd-1601643.html>



INHALT

<i>Renate Münder</i> Editorial	1
<i>Stephan Müller</i> Die Entwicklung der Produktivkräfte und der Arbeiterklasse	2
<i>Achim Bigus</i> Arbeiterklasse – Sein und Bewusstsein	4
<i>Ludwig Jost</i> „Krisenbewältigung“ durch die Gewerkschaftsführer am Beispiel der IG Metall	6
<i>Renate Münder</i> Thesen: Arbeiterklasse, Kommunisten und Klassenkampf	7
<i>Corell</i> Zur Debatte über die EU	9
<i>Gerhard Feldbauer</i> Wo liegen die Wurzeln des übels?	10
<i>Sepp Aigner</i> Es geht um Lenin	12
<i>Hans Heinz Holz</i> Die Lehren der Commune	13
Leserbriefe	
<i>Hans-Peter Brenner</i> Leserbrief an das Online-Portal kommunisten.de	15
<i>Fritz Dittmar</i> Leserbrief zu „Macht und Moral“	15
Literaturtipp	
<i>Klaus Steiniger</i> Portugal im April – Chronist der Nelkenrevolution ...	16
Wie muss sich die DKP verändern?	
<i>Männe Grüß</i> Der Berliner Volksentscheid „Unser Wasser“	18

IMPRESSUM

<http://www.tundp.info>

Herausgeber:

Arbeitskreis Sozialismus
in Wissenschaft und Politik,
V.i.S.d.P.: Renate Münder, 81669 München

Redaktion und Anzeigen:

Postanschrift: Renate Münder,
St.-Cajetan-Straße 20, 81669 München
E-Mail: TundP-Box@web.de

Druck: Eigendruck

Auflage: 1300

Einzelverkaufspreis: Euro 1,50

T&P erscheint einmal im Quartal.

Die Herausgabe der Zeitschrift ist ohne Spenden nicht möglich. Sie können überwiesen werden auf folgendes Konto:

Michael Beltz,

Spendenkonto Theorie und Praxis

Kontonummer: 419 702

Sparkasse Gießen, BLZ: 513 500 25

Wer T&P aktiv unterstützen möchte, kann weitere Abonnenten gewinnen, kann eine Einmal-Spende überweisen oder besser einen Dauerauftrag einrichten. Auch für kleine Beträge sind wir dankbar.

Bei Abbestellungen, die schriftlich an die Redaktion oder per email an TundP-Box@web.de zu richten sind, wird um die Angabe der vollständigen Adresse gebeten.

Es wird auf die Internet-Présentation der Zeitschrift unter <http://www.tundp.info> verwiesen.

Für Verbesserungsvorschläge und kritische Hinweise ist die Redaktion dankbar. Die Auffassungen der Autoren der Beiträge und die der Redaktion müssen nicht übereinstimmen.

Leserbriefe sind jederzeit willkommen, können jedoch beim gegebenen Umfang der Zeitschrift nicht immer veröffentlicht werden. Wir bitten um Verständnis.